

Nomos **HANDKOMMENTAR**

Berchtold [Hrsg.]

# Sozialgerichts- gesetz

7. Auflage



**Nomos**

# Nomos HANDKOMMENTAR

Dr. Josef Berchtold [Hrsg.]

# Sozialgerichts- gesetz

7. Auflage

**Dr. Josef Berchtold**, Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht a.D., Rechtsanwalt, Augsburg | **Stefan Binder**, Richter am Landessozialgericht Baden-Württemberg, Stuttgart | **Martin Bolay**, Vorsitzender Richter am Landessozialgericht Baden-Württemberg a.D., Stuttgart | **Antje Groß**, Richterin am Sozialgericht, weitere aufsichtführende Richterin, Stuttgart | **Prof. Dr. Steffen Roller**, Direktor des Sozialgerichts, Konstanz | **Dr. Olaf Schmitt**, Richter am Landessozialgericht Hessen, zurzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundessozialgericht, Kassel



**Nomos**

**Zitiervorschlag:** HK-SGG/Bearbeiter § ... Rn. ...

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0983-1

7. Auflage 2026

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2026. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

## Vorwort

Herausgeber und Autoren legen hiermit die 7. Auflage ihres Kommentares zum Sozialgerichtsgesetz vor.

Von der Änderungsintensität des materiellen Rechts ist das gerichtliche Verfahrensrecht abermals praktisch unberührt geblieben. Die vorliegenden Erläuterungen gewinnen dementsprechend ihre Aktualität im Wesentlichen durch die umfassende Rezeption der seit 2020 ergangenen Rechtsprechung. Immerhin verlaublich der Koalitionsvertrag „Deutschlands Zukunft gestalten“ auf S. 154 unter der Überschrift „Moderne Justiz“ – wenn auch unmittelbar nur im Zusammenhang des Petitums eines bürgernahen und effizienten Zivilprozesses: „Wir wollen außerdem die Neutralität gerichtlich beigezogener Sachverständiger gewährleisten und in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden die Qualität von Gutachten insbesondere im familiengerichtlichen Bereich verbessern.“ Hiermit darf zumindest die Hoffnung verbunden werden, dass eine eventuelle Reform über § 118 Abs. 1 SGG dieses Mal auch in die sozialgerichtliche Praxis Eingang finden möge.

Die Frau Präsidentin des BSG hat aus Anlass des Jahrespressegesprächs 2025 die sinkende Zahl der Fachanwälte für Sozialrecht beklagt. Die in der Tat unangemessene Vergütung liefert hierfür eine notwendige, nicht aber hinreichende Erklärung. Die im Sozialrecht tätigen Anwälte treffen im Verwaltungsverfahren vielfach auf unterbesetzte Behörden, die sich der Kommunikation mit ihren „Kunden“ entziehen und die Anwendung jedenfalls des 1. und 10. Buches SGB aus Gründen der „Verwaltungsökonomie“ weitgehend eingestellt haben. Dem steht eine ihrerseits bevorzugt an statistischen Vorgaben orientierte „gerichtliche Kontrolle“ gegenüber, die ihre Geschäftsverteilung als Geheimsache behandelt und vielfach auch in existenziellen Fragen die rechtlich versprochene Effizienz des Rechtsschutzes vermissen lässt. Eine formlose Mitteilung des Trägers über die angeblich entfallenen Voraussetzungen des Krankenversicherungsschutzes entfaltet rasch toxische Wirkung, wenn vorläufiger Rechtsschutz regelhaft nicht gewährt wird und sich das angegangene Gericht schon für die Bearbeitung der Untätigkeitsklage eine jahrelange Bearbeitungsdauer zugesteht. Das verfassungsrechtliche Benachteiligungsverbot „wegen einer Behinderung“ geht ins Leere, wo sich deren „Feststellung“ ohne Rückgriff auf den aktuellen Rechtsbegriff in der tabellarischen Festsetzung von Prozent-Graden durch „ärztliche Sachverständige“ erschöpft. Der Instanzen übergreifende Verweis auf die abstrakte Nachholbarkeit rechtlich zwingender Anhörungen und Beteiligungen stellt die Träger der zweiten Gewalt so lange von ihrer Gesetzesbindung frei, bis die letzte Gelegenheit zur „Nachholung“ ungenutzt verstrichen ist. Die partiell systemische Verweigerung unterfinanzierter sozialer Rechte und Ansprüche durch eigenständige – gelegentlich zudem intern divergierende – Entwicklungslinien der Landesgerichtsbarkeiten bleibt dabei hinter dem pauschalen Vorwurf des Querulantentums und der „Brandmauer“ der Revisionszulassung verborgen. Ein Mandantengespräch mit dem Hinweis beginnen zu müssen, man dürfe zwar Recht „haben“, werde es aber wahrscheinlich nicht bekommen, entbehrt jeglichen Steigerungspotenzials für die anwaltliche Berufsfreude.

Der vorliegende Kommentar versteht sich auch weiterhin als Handreichung für Richter, die ihre Rechtsbindung nicht „für aus der Zeit gefallen“ halten und für

eine Beratungspraxis, die für sich in Anspruch nimmt, das rechtliche Ziel auf einem durch die Rechtsordnung vorgegebenen Weg zu erreichen.

Für die wohlwollende Kritik ihres eigenen Tuns durch Hinweise und Anmerkungen sind Verlag und Autoren unverändert dankbar.

Augsburg, im Oktober 2025

*Dr. Josef Berchtold*

## Bearbeiterverzeichnis

Dr. *Josef Berchtold*, Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht a.D., Rechtsanwalt, Augsburg (§§ 1–6, 28–50, 143–145, 153, 160–182)

*Stefan Binder*, Richter am Landessozialgericht Baden-Württemberg, Stuttgart (§§ 77–97, 151, 152, 154–159)

*Martin Bolay*, Vorsitzender Richter am Landessozialgericht Baden-Württemberg a.D., Stuttgart (§§ 123–142)

*Antje Groß*, Richterin am Sozialgericht, weitere aufsichtführende Richterin, Stuttgart (§§ 7–27, Vor § 51, §§ 51, 54–59, 76, 182a–205, 207–219)

*Jörg Littmann* [bis zur 6. Auflage], Vorsitzender Richter am Landessozialgericht Schleswig-Holstein a.D., Schleswig (§§ 61, 63–69, 71–75, 143, 144, 153)

Prof. Dr. *Steffen Roller*, Direktor des Sozialgerichts, Konstanz (§§ 98–122, 206)

Dr. *Olaf Schmitt*, Richter am Landessozialgericht Hessen, zurzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundessozialgericht, Kassel (§§ 60–75)

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	5
Bearbeiterverzeichnis .....	7
Literaturverzeichnis .....	17

## Sozialgerichtsgesetz (SGG)

### Erster Teil Gerichtsverfassung

#### Erster Abschnitt Gerichtsbarkeit und Richteramt

§ 1	Besondere Verwaltungsgerichte .....	21
§ 2	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit .....	39
§ 3	Besetzung mit Berufsrichtern und ehrenamtlichen Richtern .....	40
§ 4	Geschäftsstelle .....	43
§ 5	Rechts- und Amtshilfe .....	46
§ 6	Anwendung des GVG .....	50

#### Zweiter Abschnitt Sozialgerichte

§ 7	Errichtung, Bezirk, Zweigstellen .....	59
§ 8	Sachliche Zuständigkeit .....	62
§ 9	Besetzung; Dienstaufsicht .....	63
§ 10	Fachkammern .....	65
§ 11	Ernennung der Berufsrichter .....	70
§ 12	Besetzung der Kammern .....	73
§ 13	Berufung und Amtsdauer der ehrenamtlichen Richter .....	82
§ 14	Vorschlagslisten, Vorschlagsrecht .....	86
§ 15	(weggefallen) .....	90
§ 16	Persönliche Voraussetzungen .....	91
§ 17	Ausschließungsgründe .....	97
§ 18	Ablehnungsgründe, Entlassung .....	100
§ 19	Ausübung des Ehrenamts; Entschädigung .....	103
§ 20	Strafrechtlicher Schutz .....	108
§ 21	Ordnungsgeld .....	109
§ 22	Amtsenthebung .....	110
§ 23	Ausschuss der ehrenamtlichen Richter .....	114
§ 24	(weggefallen) .....	116
§ 25	(weggefallen) .....	117
§ 26	(weggefallen) .....	117
§ 27	Vertretung der Vorsitzenden .....	117

### Dritter Abschnitt Landessozialgerichte

§ 28	Errichtung, Sitz .....	118
§ 29	Funktionelle Zuständigkeit .....	120
§ 30	Besetzung, Dienstaufsicht .....	136
§ 31	Fachsenate .....	138
§ 32	Richter auf Lebenszeit .....	141
§ 33	Besetzung der Senate .....	143
§ 34	(weggefallen) .....	148
§ 35	Ehrenamtliche Richter .....	149
§§ 36 und 37	(weggefallen) .....	150

### Vierter Abschnitt Bundessozialgericht

§ 38	Sitz, Besetzung, Berufsrichter, Dienstaufsicht .....	150
§ 39	Funktionelle und sachliche Zuständigkeit .....	153
§ 40	Fachsenate .....	156
§ 41	Großer Senat .....	157
§§ 42 bis 44	(aufgehoben) .....	172
§ 45	Ehrenamtliche Richter, Zahl, Berufung, Amtsdauer .....	172
§ 46	Vorschlagslisten; Vorschlagsrecht .....	173
§ 47	Berufung der ehrenamtlichen Richter .....	174
§§ 48 und 49	(weggefallen) .....	176
§ 50	Geschäftsordnung .....	176

### Fünfter Abschnitt Rechtsweg und Zuständigkeit

Vorbemerkung vor § 51 .....	182	
§ 51	Zulässigkeit des Rechtsweges; Generalklausel .....	192
§§ 52, 53	(aufgehoben) .....	206
§ 54	Gegenstand der Klage .....	206
§ 55	Feststellungsklage .....	238
§ 55a	Überprüfung der Gültigkeit .....	259
§ 56	Klagehäufung .....	268
§ 56a	Rechtsbehelfe gegen behördliche Verfahrenshandlungen .....	270
§ 57	Örtliche Zuständigkeit, Gerichtsstand .....	273
§ 57a	Vertragsarztangelegenheiten .....	281
§ 57b	Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen .....	286
§ 58	Bestimmung der Zuständigkeit .....	287
§ 59	Keine Zuständigkeitsvereinbarungen .....	291

## **Zweiter Teil Verfahren**

### **Erster Abschnitt Gemeinsame Verfahrensvorschriften**

#### **Erster Unterabschnitt Allgemeine Vorschriften**

§ 60	Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen .....	292
§ 61	Öffentlichkeit, Sitzungspolizei, Gerichtssprache, Beratung, Abstimmung .....	311
§ 62	Rechtliches Gehör .....	325
§ 63	Zustellungen .....	336
§ 64	Berechnung der Fristen .....	349
§ 65	Richterliche Fristen, Abkürzung und Verlängerung .....	353
§ 65a	Übermittlung elektronischer Dokumente .....	354
§ 65b	Führung elektronischer Prozessakten .....	360
§ 65c	Formulare; Verordnungsermächtigung .....	366
§ 65d	Nutzungspflicht für Rechtsanwälte, Behörden und vertretungsberechtigte Bevollmächtigte .....	367
§ 66	Rechtsmittelbelehrung .....	368
§ 67	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand .....	373
§ 68	(weggefallen) .....	386
§ 69	Beteiligte .....	386
§ 70	Beteiligungsfähigkeit .....	388
§ 71	Prozessfähigkeit .....	392
§ 72	Bestellung eines besonderen Vertreters .....	398
§ 73	Prozessbeteiligte; Bevollmächtigte; Beistand .....	402
§ 73a	Prozesskostenhilfe .....	421
§ 74	Streitgenossenschaft; Hauptintervention .....	438
§ 75	Beiladung .....	441

#### **Zweiter Unterabschnitt Beweissicherungsverfahren**

§ 76	Beweissicherungsverfahren .....	454
------	---------------------------------	-----

#### **Dritter Unterabschnitt Vorverfahren und einstweiliger Rechtsschutz**

§ 77	Bindungswirkung des Verwaltungsakts .....	458
§ 78	Vorverfahren als Klagevoraussetzung .....	463
§§ 79 bis 82	(weggefallen) .....	470
§ 83	Widerspruch .....	470
§ 84	Frist und Form des Widerspruchs .....	474
§ 84a	Akteneinsicht .....	481
§ 85	Abhilfe oder Widerspruchsbescheid .....	481
§ 86	Neuer Bescheid während des Vorverfahrens, Wirkung des Widerspruchs .....	490

§ 86a	Aufschiebende Wirkung .....	492
§ 86b	Einstweilige Maßnahmen .....	507
<b>Vierter Unterabschnitt Verfahren im ersten Rechtszug</b>		
§ 87	Klagefrist .....	545
§ 88	Verpflichtungsklage, Frist .....	549
§ 89	Nichtigkeits- und Feststellungsklage .....	556
§ 90	Klageerhebung .....	557
§ 91	Fristwahrung bei Unzuständigkeit .....	560
§ 92	Klageschrift .....	561
§ 93	Einreichung von Abschriften .....	567
§ 94	Rechtshängigkeit .....	568
§ 95	Streitgegenstand .....	573
§ 96	Neuer Bescheid nach Klageerhebung .....	577
§ 97	(aufgehoben) .....	590
§ 98	Verweisung bei Unzuständigkeit .....	590
§ 99	Klageänderung .....	593
§ 100	Widerklage .....	602
§ 101	Vergleich; Anerkenntnis .....	604
§ 102	Klagerücknahme .....	615
§ 103	Untersuchungsmaxime .....	624
§ 104	Mitteilung der Klageschrift, Gegenäußerung .....	641
§ 105	Gerichtsbescheid .....	643
§ 106	Aufklärungspflicht des Vorsitzenden .....	651
§ 106a	Fristsetzung .....	660
§ 107	Mitteilung von Beweisergebnissen .....	666
§ 108	Vorbereitende Schriftsätze .....	668
§ 108a	(aufgehoben) .....	669
§ 109	Anhörung eines bestimmten Arztes .....	669
§ 110	Terminsbestimmung, Ladung .....	680
§ 110a	Übertragung der Verhandlung in Bild und Ton .....	687
§ 111	Anordnung des persönlichen Erscheinens, Ladung von Zeugen, Vertreter von Behörden .....	702
§ 112	Leitung und Gang der mündlichen Verhandlung .....	707
§ 113	Verbindung und Trennung mehrerer Rechtsstreitigkeiten .....	711
§ 114	Aussetzung wegen Vorfragen .....	714
§ 114a	Musterverfahren .....	723
§ 115	Folgen sitzungspolizeilicher Maßnahmen .....	725
§ 116	Ladung zu Beweisterminen, Fragerecht .....	726
§ 117	Beweiserhebung vor Prozessgericht .....	729
§ 118	Durchführung der Beweisaufnahme .....	730

§ 119	Vorlage von Urkunden durch Behörden .....	748
§ 120	Akteneinsicht; Erteilung von Abschriften .....	751
§ 121	Schließung der mündlichen Verhandlung .....	757
§ 122	Sitzungsprotokoll .....	759

### **Fünfter Unterabschnitt Urteile und Beschlüsse**

§ 123	Grundlage .....	766
§ 124	Grundsatz der mündlichen Verhandlung .....	770
§ 125	Urteil .....	778
§ 126	Entscheidung nach Aktenlage .....	783
§ 127	Urteil nach Beweisaufnahme .....	785
§ 128	Grundlagen des Urteils .....	787
§ 129	Mitwirkende Richter .....	800
§ 130	Grundurteil .....	802
§ 131	Urteilsformel .....	808
§ 132	Urteilsverkündung .....	821
§ 133	Verkündung durch Zustellung .....	824
§ 134	Unterschrift; Übergabe an die Geschäftsstelle .....	826
§ 135	Zustellungszwang .....	829
§ 136	Inhalt des Urteils .....	831
§ 137	Urteilsausfertigung .....	839
§ 138	Berichtigung des Urteils .....	843
§ 139	Berichtigung des Tatbestandes .....	847
§ 140	Ergänzung des Urteils .....	850
§ 141	Rechtskraftwirkungen .....	854
§ 142	Beschlüsse, Form und Inhalt .....	863

### **Sechster Unterabschnitt (aufgehoben)**

§ 142a	(aufgehoben) .....	867
--------	--------------------	-----

### **Zweiter Abschnitt Rechtsmittel**

#### **Erster Unterabschnitt Berufung**

§ 143	Zulässigkeit der Berufung .....	867
§ 144	Zulassung der Berufung .....	881
§ 145	Beschwerde gegen Nichtzulassung .....	899
§§ 146 bis 150	(aufgehoben) .....	912
§ 151	Einlegung, Frist, Form .....	912
§ 152	Aktenanforderung .....	922
§ 153	Verfahren in der Berufung .....	922
§ 154	Aufschiebende Wirkung .....	941
§ 155	Berichterstatter .....	945

§ 156	Berufungsrücknahme .....	958
§ 157	Umfang der Prüfung, neue Tatsachen und Beweismittel .....	966
§ 157a	Fristversäumnis .....	970
§ 158	Verwerfung der Berufung .....	978
§ 159	Zurückverweisung an das Sozialgericht .....	983

### **Zweiter Unterabschnitt Revision**

§ 160	Zulässigkeit der Revision .....	989
§ 160a	Nichtzulassungsbeschwerde .....	1019
§ 161	Sprungrevision .....	1041
§ 162	Revisionsgründe .....	1047
§ 163	Bindung an die tatsächlichen Feststellungen .....	1054
§ 164	Einlegung, Frist, Begründung .....	1064
§ 165	Verfahren in der Revision .....	1082
§ 166	(aufgehoben) .....	1084
§ 167	(aufgehoben) .....	1084
§ 168	Klageänderung; Beiladung .....	1084
§ 169	Umfang der Prüfung; Unzulässigkeit .....	1087
§ 170	Zurückweisung; Zurückverweisung .....	1090
§ 170a	Urteilsabschriften an ehrenamtliche Richter .....	1100
§ 171	Neuer Bescheid .....	1101

### **Dritter Unterabschnitt Beschwerde, Erinnerung, Anhörungsrüge**

§ 172	Zulässigkeit .....	1106
§ 173	Frist, Form .....	1114
§ 174	(aufgehoben) .....	1117
§ 175	Aufschiebende Wirkung .....	1117
§ 176	Entscheidung .....	1118
§ 177	Ausschluss der Beschwerde .....	1120
§ 178	Beschwerde bei Entscheidungen des beauftragten oder ersuchten Richters oder des Urkundsbeamten .....	1121
§ 178a	Anhörungsrüge .....	1124

### **Dritter Abschnitt Wiederaufnahme des Verfahrens und besondere Verfahrensvorschriften**

§ 179	Zulässigkeit .....	1135
§ 180	Weitere Zulässigkeit .....	1141
§ 181	Gemeinsames nächsthöheres Gericht .....	1143
§ 182	Zwei leistungspflichtige Versicherungsträger .....	1145
§ 182a	Sachliche Zuständigkeit bei Ansprüchen privater Pflegeversicherungen .....	1146

## Vierter Abschnitt Kosten und Vollstreckung

### Erster Unterabschnitt Kosten

§ 183	Kostenfreiheit .....	1151
§ 184	Pauschgebühr .....	1158
§ 185	Fälligkeit der Pauschgebühr .....	1163
§ 186	Ermäßigung der Pauschgebühr .....	1165
§ 187	Mehrere Gebührenschuldner .....	1167
§ 188	Pauschgebühr bei Wiederaufnahme .....	1169
§ 189	Feststellung der Pauschgebühr, Verzeichnis .....	1169
§ 190	Niederschlagung der Pauschgebühr .....	1171
§ 191	Auslagenvergütung für Beteiligte .....	1174
§ 192	Verschuldungskosten .....	1179
§ 193	Kostenentscheidung .....	1191
§ 194	Mehrheit von Kostenschuldern .....	1200
§ 195	Kostentragung bei Vergleich .....	1202
§ 196	(weggefallen) .....	1204
§ 197	Kostenfestsetzung .....	1204
§ 197a	Kostenpflichtigkeit .....	1208
§ 197b	Ansprüche beim Bundessozialgericht .....	1219

### Zweiter Unterabschnitt Vollstreckung

§ 198	Geltung der ZPO .....	1220
§ 199	Vollstreckungstitel .....	1224
§ 200	Vollstreckung zugunsten der öffentlichen Hand .....	1229
§ 201	Vollstreckung von Verpflichtungsurteilen .....	1232

## Dritter Teil

### Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 202	Entsprechende Anwendung des GVG und der ZPO .....	1235
§ 203	Verweisungen auf aufgehobene Vorschriften .....	1245
§ 203a	Sitzungen des BSG in Berlin .....	1246
§ 204	Zuständigkeit früherer Versicherungsbehörden und Versorgungsgerichte .....	1246
§ 205	Vernehmung durch bestimmten Richter .....	1246
§ 206	Übergangsvorschriften .....	1248
§ 207	Vergabekammern, Übergangsvorschriften .....	1248
§ 208	Ehrenamtliche Richter .....	1249
§ 209	Geltung des § 43 des Einführungsgesetzes zum GVG .....	1250
§ 210	Verfahrensübergang auf Landessozialgerichte .....	1250
§ 211	Verschlussachen und Akten in Papierform .....	1252

Inhaltsverzeichnis

---

§§ 212 bis 217 (weggefallen) .....	1253
§ 218 (gegenstandslos) .....	1253
§ 219 Abweichungen der Länder .....	1254
§§ 220 bis 223 (weggefallen) .....	1254
Stichwortverzeichnis .....	1255

# Sozialgerichtsgesetz (SGG)

In der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975  
(BGBl. I S. 2535)  
(FNA 330-1)

zuletzt geändert durch Art. 4 G zur Einführung eines Leitentscheidungsverfahrens  
beim Bundesgerichtshof vom 24. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 328)

## Erster Teil Gerichtsverfassung

### Erster Abschnitt Gerichtsbarkeit und Richteramt

#### § 1 [Besondere Verwaltungsgerichte]

Die Sozialgerichtsbarkeit wird durch unabhängige, von den Verwaltungsbehörden getrennte, besondere Verwaltungsgerichte ausgeübt.

<b>I. Allgemeines</b> .....	1	4. Unvoreingenommenheit .....	13
1. Inkrafttreten .....	1	5. Wirksamer Rechtsschutz .....	14
2. Staatsfunktion Rechtsprechung .....	2	6. Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren .....	17
<b>II. Gerichtsbarkeit</b> .....	3	7. Rechtsschutzstandards .....	18
1. Begriff .....	3	<b>IV. Sozialgerichtlicher Rechtsschutz</b> .....	19
2. Gewaltentrennung .....	4	1. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes .....	19
3. Individualrechtsschutz .....	5	2. Grundmuster des Verwaltungsrechtsschutzes .....	20
4. Wirkung von Entscheidungen .....	6	3. Juristische Methodik .....	21
a) Rechtskraft; Bindungswirkung; Tatbestandswirkung .....	6	4. Sozialrechtliche Rechtsbildung .....	22
b) Musterverfahren .....	7	5. Verfahrensgrundsätze .....	23
<b>III. Richterliche Unabhängigkeit und Unvoreingenommenheit</b> .....	8	6. Mitwirkung von Beteiligten ..	24
1. Organisation .....	8	7. Bürgerfreundlichkeit und prozessuale Strenge .....	25
2. Persönliche Unabhängigkeit ..	9	8. Güterichter und außergerichtliche Konfliktbeilegung .....	26
3. Sachliche Unabhängigkeit .....	10		

#### I. Allgemeines

**1. Inkrafttreten.** Die Vorschrift gilt seit Inkrafttreten des SGG vom 3.9.1953 (BGBl. 1953 I 1239). Im Zusammenhang mit der Verlagerung des Rechtswegs in Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerbergesetzes (§ 51 Abs. 1 Nr. 6a) hatte das 7. SGGÄndG vom 9.12.2004 (BGBl. 2004 I 3302) ab 1.1.2005 – zeitlich begrenzt bis zum 31.12.2008 – einen S. 2 eingefügt. Von der danach in Verbindung mit §§ 50a–50d und § 52 eingeräumten Möglichkeit, Sozialgerichtsbarkeit durch „besondere Spruchkörper der Verwaltungsgerichte und Oberverwaltungsgerichte“ auszuüben, hatte indes nur das Land Bremen in dem genannten Zeitraum Gebrauch gemacht. Die – verfassungsrechtlich nicht unbedenkliche – Regelung hatte praktisch nur geringe Bedeutung und ist durch Zeitablauf entfallen.

**2. Staatsfunktion Rechtsprechung.** § 1 knüpft zunächst an die verfassungsrechtliche Gewährleistung von Rechtsschutz gegen die öffentliche Gewalt (Art. 19

Abs. 4 GG) durch die Staatsfunktion Rechtsprechung (Art. 92 ff. GG) und einer besonderen Sozialgerichtsbarkeit im Rahmen einer fünfgliedrigen Gerichtsbarkeit (Art. 95 GG) an.<sup>1</sup> Hiervon ausgehend wiederholt die Vorschrift einfachgesetzlich die durch Art. 20 Abs. 2, 3 GG gesamtstaatlich gebotene Unterscheidung der Sozialgerichtsbarkeit von der vollziehenden Gewalt und – als Ausdruck der Gewaltenteilung innerhalb der rechtsprechenden Gewalt – die von Art. 95 Abs. 1 GG vorgegebene Abgrenzung der Sozialgerichtsbarkeit mit den ihr zugewiesenen Bereichen (§ 51 idF des Gesetzes zur Neuordnung der Altersversorgung der Bezirkschornsteinfegermeister und zur Änderung anderer Gesetze)<sup>2</sup> von der (allgemeinen) Verwaltungsgerichtsbarkeit.<sup>3</sup> In diese organisatorische Abgrenzung und Unterscheidung eingebettet findet sich schließlich eine originäre einfachgesetzliche Gewährleistung der institutionellen Unabhängigkeit auch der Gerichte. Die Verfassung vertraut nämlich die rechtsprechende Gewalt den (unabhängigen) Richtern (Art. 92 Hs. 1 GG) und nicht etwa den Gerichten an, die sie lediglich ausüben (Art. 92 Hs. 2).<sup>4</sup> Gleichsinnige Vorschriften enthalten für die Verwaltungsgerichtsbarkeit § 1 VwGO und für die Finanzgerichtsbarkeit § 1 FGO; ähnlich für die Arbeitsgerichtsbarkeit § 1 ArbGG; allgemein: § 1 VVG.

## II. Gerichtsbarkeit

- 3 **1. Begriff.** Gerichtsbarkeit im funktionellen Sinne<sup>5</sup> heißt vornehmlich Rechtsprechung (rechtsprechende Gewalt) durch staatliche Gerichte (Art. 92 GG). Rechtsschutz durch staatliche Gerichte ist wesentlich bezogen auf subjektive Rechte von Personen (Art. 19 Abs. 4 GG, § 54 Abs. 1 S. 2 und Abs. 2 S. 1) und damit auf die wirkliche Maßgeblichkeit des objektiven Rechts (der Rechtsordnung). Kennzeichen rechtsprechender Tätigkeit in funktioneller Hinsicht ist typischerweise die letztverbindliche Klärung der Rechtslage in einem Streitfall im Rahmen besonders geregelter Verfahren.<sup>6</sup> Bund und Ländern ist in § 2 aufgegeben, staatliche Einrichtungen zu schaffen, die den verfassungsrechtlichen Anforderungen an ein Gericht (Art. 97, 98 GG) entsprechen, um dem **rechtsstaatlichen Justizgewährungsanspruch**<sup>7</sup> und dem Gebot des Art. 19 Abs. 4 GG zu wirkungsvollem Rechtsschutz zu genügen.
- 4 **2. Gewaltentrennung.** Zu den wesentlichen Elementen der staatlichen Gestaltungsverpflichtung gehört – abgesehen von der Unterworfenheit der Gerichte unter das Gesetz und damit die Legislative (Art. 97 Abs. 1 GG; § 31 SGB I) – insbesondere die **organisatorische Trennung der Sozialgerichte von Verwaltungsbehörden**.<sup>8</sup> Die Sozialgerichtsbarkeit hat dabei einen besonders langen Weg zurücklegen müssen, um das Versprechen der gerichtlichen Kontrolle der Verwaltung in § 182 der – nie in Kraft getretenen – Frankfurter Reichsverfassung vom 23.3.1849 geltendes Recht werden zu lassen.<sup>9</sup> Das SGG setzt sich seit dem 1.1.1954 erstmals

1 PHdB-SozS/Berchtold § 6 Rn. 164 ff.

2 V. 5.12.2012, BGBl. I 2467.

3 PHdB-SozS/Berchtold § 4 Rn. 5 ff.

4 Vgl. zur Unterscheidung v. Münch/Kunig/Meyer Art. 92 Rn. 4.

5 Bettermann, Art. Rechtsprechung in: *Evangelisches Staatslexikon*, 1966, S. 1711, 1727, der Gerichtsbarkeit im funktionalen, organisatorischen und institutionellen Sinn unterscheidet.

6 BVerfG 8.2.2001 – 2 BvF 1/00, E 103, III ff.

7 BVerfG 30.4.2003 – 1 PwVu 1/02, E 107, 395 (408 ff.) = SozR 4-1100 § 103 Nr. 1.

8 Vgl. BVerfG 22.3.2018 – 2 BvR 780/16, BVerfGE 148, 69 ff., juris Rn. 50 ff.

9 Näher PHdB-SozS/Berchtold § 4 Rn. 11.

auch hier ausdrücklich von vorkonstitutionellen Formen des Rechtsschutzes im Sozialrecht durch Spruchkörper ab, die in Behörden (Oberversicherungsämter; Reichsversicherungssamt) eingegliedert waren.<sup>10</sup> Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) entnimmt aus Art. 6 Abs. 1 EMRK für die Konventionsstaaten die Pflicht, ihre Justiz so zu organisieren, dass ihre Gerichte jedes Erfordernis von Art. 6 Abs. 1 EMRK – faires Verfahren, Öffentlichkeit, Rechtsschutz innerhalb angemessener Frist – erfüllen können.<sup>11</sup> Der Gesetzgeber hat sich zuletzt mit dem Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren vom 24.11.2011 (BGBl. 2011 I 2302) bemüht, dem nachzukommen (→ Rn. 17, → § 104 Rn. 10, → § 106 Rn. 2, → § 106a Rn. 3, → § 110 Rn. 4, → § 111 Rn. 11, → § 114 Rn. 18 und → § 202 Rn. 8).

**3. Individualrechtsschutz.** Als Gerichte werden Sozialgerichte zur Verwirklichung des Individualgrundrechts auf wirksamen Rechtsschutz aus Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG durch Richter als „unabhängige Dritte“ (Art. 97 Abs. 1, 2 GG)<sup>12</sup> einzelfallbezogen auf Klage tätig, wenn jemand geltend machen (behaupten) kann, durch Entscheidungen, Handeln oder Unterlassen von Trägern öffentlicher Gewalt in eigenen (subjektiven) Rechten verletzt (beschwert) zu sein (§§ 54, 55). Die Verletzung objektiven Rechts eröffnet gerichtlichen Rechtsschutz daher nur, wenn der Zweck der Norm selbst, der systematische Zusammenhang oder „eine norminterne Wirkung“ von Grundrechten ein **subjektives Recht** des Betroffenen begründet – einfach-gesetzliche **Schutznormlehre**.<sup>13</sup> Bloß faktische Betroffenheit oder Verletzung objektiven Rechts, das nicht den Schutz subjektiver Rechte bezweckt, reichen nicht aus, Rechtsschutz durch die Sozialgerichte in Anspruch zu nehmen, weil auch die verfassungsrechtliche Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG nicht einen „allgemeinen Gesetzesvollziehungsanspruch“ begründet.<sup>14</sup> In dem gekennzeichneten Rahmen besteht ein rechtsstaatlicher **Justizgewährungsanspruch** des Bürgers, der über Art. 19 Abs. 4 GG hinaus lückenlosen und wirkungsvollen Rechtsschutz subjektiver Rechte durch staatliche Gerichte umfasst<sup>15</sup> und die „Selbstherrlichkeit der vollziehenden Gewalt“ gegenüber dem Bürger beseitigt.<sup>16</sup>

**4. Wirkung von Entscheidungen.** **a) Rechtskraft; Bindungswirkung; Tatbestandswirkung.** Entscheidungen der Gerichte binden grundsätzlich (vgl. § 141 Abs. 1 Nr. 2) nur die Verfahrensbeteiligten (§ 69) und diese nur, soweit das Gericht über den geltend gemachten Anspruch (§§ 94–96, § 123) in der Sache entschieden hat (§ 141 Abs. 1). Das gilt auch für den Rechtsstreit derselben Parteien/Beteiligten

10 Dazu näher: Bogs, Sozialrechtspflege vor Einführung der Sozialgerichtsbarkeit, BSG-FS Bd. I, S. 3 ff.; zum Ringen um eine Neugestaltung sozialrechtlichen Rechtsschutzes nach dem 2. Weltkrieg: Stolleis BSG-FS Bd. I, S. 25 ff.

11 EGMR Urt. v. 8.6.2006 – 75529/01, NJW 2006, 2389; zur Problematik der Untätigkeitsbeschwerde vgl. Leitherer NZS 2007, 225 ff. sowie → § 172 Rn. 19 ff.

12 BVerfG 19.3.2013 – 2 BvR 2628/10, 2 BvR 2155/11, BVerfGE 133, 168 ff., juris Rn. 62.

13 Schmidt-Assmann, Ordnungsidee, 2. Aufl., S. 76 f.

14 Dazu näher: Schmidt-Assmann, Ordnungsidee, 2. Aufl., S. 69 ff.; BSG 11.5.1999 – B 11 AL 45/98 R, E 84, 67 (69 f.) = SozR 3-4300 § 36 Nr. 1; BSG 21.10.1999 – B 11/10 AL 8/98 R, E 85, 83 (91) = SozR 3-4100 § 186b Nr. 1.

15 BVerfG 30.4.2003 – 1 PVB 1/02, E 107, 395 (408 ff.); BSG 13.12.2005 – B 4 RA 220/04 B, SozR 4-1500 § 178a Nr. 11; vgl. auch → § 1 Rn. 11 und → § 178a Rn. 2; zur Funktion des subjektiven Rechtsschutzes hinsichtlich der Klärung objektiven Rechts s. PHdB-SozS/Berchtold § 4 Rn. 33.

16 BVerfG 12.1.1960 – 1 BvL 17/59, BVerfGE 10, 264 (267).

vor einem anderen Gericht, etwa im **Amtshaftungsprozess**.<sup>17</sup> Gerichtliche Entscheidungen sind mithin auf die Rechtskraft (§ 141) und ggf. die innerprozessuale Bindungswirkung (§§ 159 Abs. 2, 170 Abs. 5)<sup>18</sup> beschränkt. Sie betreffen allein den Streitgegenstand – den vom Kläger auf der Grundlage eines bestimmten Lebenssachverhalts geltend gemachten Anspruch. Zur Begründung mitgeteilte Rechtsansichten des Gerichts binden die Beteiligten nicht. Allerdings sind die Gründe ggf. heranzuziehen, um den Ausspruch des Gerichts näher zu bestimmen. Die innerprozessuale Bindungswirkung trifft auch das erkennende Gericht selbst (§ 202 iVm § 318 ZPO), das folglich – ungeachtet einer späteren besseren Erkenntnis – auch selbst an die von ihm erlassenen End- und Zwischenurteile (sowie die gleichgestellten Beschlüsse) gebunden ist. Auf sonstige Beschlüsse findet § 318 ZPO keine Anwendung. Sie sind nach Maßgabe der Regelungen im Einzelfall verbindlich. Das Spektrum reicht von der jederzeitigen Abänderbarkeit (zB § 86a Abs. 3 S. 5) über die Pflicht zur Selbstberichtigung bei Verletzungen des Anspruchs auf rechtliches Gehör im Rahmen der **Anhörungsgrüge** (§ 178a iDF des AnhörungsgrügenG vom 9.12.2004 – BGBl. 2004 I 3220) bis zur urteilsähnlichen Bindung etwa im Fall der Wiedereinsetzung.<sup>19</sup> Daneben kann auch einer gerichtlichen Entscheidung **Tatbestandswirkung** in dem Sinne zukommen, dass ihre Existenz auch in sonstigen Zusammenhängen rechtlich zu beachten ist. Eine derartige Wirkung kommt (auch für Dritte) in Betracht, wenn eine Norm des materiellen Rechts dies – zumindest sinngemäß – anordnet,<sup>20</sup> und erst recht dann, wenn eine im Vorprozess rechtskräftig entschiedene Frage im nachfolgenden Rechtsstreit Vorfrage ist.<sup>21</sup> Über den Einzelfall hinaus kommen Gerichtsentscheidungen – auch des BSG – Wirkungen nur nach der Überzeugungskraft sachlicher Argumente zu. Davon geht das SGG bei der Zuständigkeit des Großen Senats des BSG (§ 41 Abs. 4) und den Zugangsvoraussetzungen zu den Rechtsmittelgerichten (§§ 144 Abs. 2 Nr. 1 und 2, 160 Abs. 2 Nr. 1 und 2) aus, die ua an die „grundsätzliche Bedeutung einer Rechtssache“ anknüpfen. Mithin sind Sozialleistungsträger nur als Verfahrenseteiligte im Rahmen der Rechtskraft an gerichtliche Entscheidungen im Einzelfall gebunden, nicht aber generell der Gerichtsbarkeit nachgeordnet. Im Rahmen ihrer Rechtsanwendung haben sich zur Entscheidung berufene Inhaber eines öffentlichen Amtes jedoch ungeachtet ihrer fehlenden unmittelbaren Bindung im Rahmen ihrer Verpflichtung, eine eigene rechtliche Entscheidung auf der Grundlage einer sorgfältigen und gewissenhaften Prüfung der Gesetzes- und Rechtslage zu treffen, mit der bestehenden Rechtsprechung auseinanderzusetzen und müssen ihr Ergebnis mit vertretbaren rechtlichen Erwägungen begründen; bloße Zweckmäßigkeitserwägungen genügen insofern nicht.<sup>22</sup> Wegen der Unabhängigkeit der Instanzgerichte kann es außerhalb der innerprozessualen – und spezialgesetzlich angeordneten – Bindungswirkung „nachgeordnete“ Gerichte nicht geben. Die Rechtspflege ist wegen der Unabhängigkeit der Richter **konstitutionell uncin-**

17 Vgl. zur Bindung der Zivilgerichte an rechtskräftige Entscheidungen der Sozialgerichte im Amtshaftungsprozess KG Berlin 30.4.2019 – 9 W 99/18, juris Rn. 8 mit Hinweis auf BGH 7.2.2008 – III ZR 76/07, juris Rn. 10 mwN.

18 Hierzu BVerfG 1.7.1954 – 1 BvR 361/52, BVerfGE 4, 1ff.

19 BGH 7.4.1993 – XII ZR 244/91, FamRZ 1993, 1191.

20 Zöller/Vollkommer vor § 322 Rn. 5.

21 Insofern BSG 23.10.2014 – B 11 AL 52/14 B, SozR 4-1500 § 141 Nr. 3 Rn. 10.

22 LG Berlin 18.2.2010 – 9 O 259/09, juris Rn. 19 f. mit Hinweis auf BGH 17.3.1994 – III ZR 27/93.

**heitlich.**<sup>23</sup> Das Allgemeininteresse an einer einheitlichen Rechtsanwendung wird (allerdings eher theoretisch) durch die gesetzliche – und damit ungeachtet der Unabhängigkeit bindende<sup>24</sup> – Pflicht zur Zulassung von Rechtsmitteln und die gesonderte Kontrolle dieser Nebenentscheidung durch Nichtzulassungsbeschwerden (§§ 145, 160a) gewahrt. Allgemein verbindlich sind nur Entscheidungen von Landessozialgerichten im Rahmen der **Normenkontrolle** von „Satzungen oder anderen im Rang unter einem Landesgesetz stehenden Rechtsvorschriften“ nach § 55a idF des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (EGRBEG) vom 24.3.2011 (BGBl. 2011 I 453).

**b) Musterverfahren.** Die in § 114a idF des Gesetzes zur Änderung des SGG und des ArbGG vom 26.3.2008 (BGBl. 2008 I 444) in Anlehnung an § 93a VwGO eröffnete Möglichkeit, Musterverfahren durchzuführen, bestätigt diese Grundsätze. Die Regelung begründet ausdrücklich keine Bindung an die Entscheidung im Musterverfahren. Allerdings kann das Gericht bei Einstimmigkeit über das Fehlen tatsächlicher oder rechtlicher Besonderheiten nach § 114a Abs. 2 S. 1 ein vereinfachtes Verfahren einschlagen. Die Konkretisierung von Normen und **unbestimmten Gesetzesbegriffen** im Interesse der Verwaltungspraxis und einer einheitlichen Rechtsanwendung durch Quantifizierung (sog. gegrieffene Größen) gehört innerhalb der Richterkenntnis durch methodengeleitete Auslegung gesetzten Grenzen zu den Aufgaben richterlicher Spruchfähigkeit.<sup>25</sup> Sie unterliegt keinen durchgreifenden verfassungsrechtlichen (funktionsrechtlichen) Bedenken.<sup>26</sup>

### III. Richterliche Unabhängigkeit und Unvoreingenommenheit

**1. Organisation.** Für die **Rechtsprechung** sind – abgesehen von der organisatorischen Trennung von anderen Staatsfunktionen – die **persönliche und sachliche Unabhängigkeit der Richter** als wesentliche hergebrachte Grundsätze des Richteramtsrechts<sup>27</sup> kennzeichnend.<sup>28</sup> Mit den Worten des EuGH<sup>29</sup> gilt: „Die Anforderung der Unabhängigkeit der Gerichte, die dem Auftrag des Richters inhärent ist, gehört zum Wesensgehalt des Rechts auf wirksamen Rechtsschutz und des Grundrechts auf ein faires Verfahren, dem als Garant für den Schutz sämtlicher

23 BVerfG 14.7.2016 – 2 BvR 661/16, NJW 2016, 3711 ff., juris Rn. 16.

24 BVerfG 14.7.2016 – 2 BvR 661/16, NJW 2016, 3711 ff., juris Rn. 17.

25 Vgl. etwa zur Bemessung der zumutbaren Wegstrecke im Rahmen der Feststellung von Erwerbsfähigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung BSG 28.8.2002 – B 5 RJ 8/02 R, und zur Bemessung einer schädlichen Unterbrechung des Weges von und zur Tätigkeit im Recht der gesetzlichen Unfallversicherung BSG 10.10.2006 – B 2 U 20/05 R, SozR 4-2700 § 8 Nr. 19.

26 Gegen „gegrieffene Größen“ grundlegend allerdings: Hauweisen NJW 1973, 641 ff.

27 BVerfG 14.7.2016 – 2 BvR 661/16, NJW 2016, 3711 ff., juris Rn. 14.

28 Vgl. entspr. zum Europäischen Recht ua Art. 47 („Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht“) Titel VI („Justizielle Rechte“) der Charta der Grundrechte der Europäischen Union:

„Jede Person, deren durch das Recht der Union garantierte Rechte oder Freiheiten verletzt worden sind, hat das Recht, nach Maßgabe der in diesem Artikel vorgesehenen Bedingungen bei einem Gericht einen wirksamen Rechtsbehelf einzulegen.

Jede Person hat ein Recht darauf, dass ihre Sache von einem unabhängigen, unparteiischen und zuvor durch Gesetz errichteten Gericht in einem fairen Verfahren, öffentlich und innerhalb angemessener Frist verhandelt wird. ...“

Hierzu näher etwa EuGH 15.7.2021 – C-791/19.

29 EuGH 15.7.2021 – C-791/19; EuGH 15.7.2021 – C-791/19, juris Rn. 58.

dem Einzelnen aus dem Unionsrecht erwachsender Rechte und für die Wahrung der in Art. 2 EUV genannten Werte, die den Mitgliedstaaten gemeinsam sind, u. a. des Wertes der Rechtsstaatlichkeit, grundlegende Bedeutung zukommt.“ Sie ist auf der Ebene des nationalen Rechts durch Art. 97 GG verfassungsrechtlich als grundrechtsgleiches Recht (§ 90 BVerfGG) gewährleistet; allerdings nicht als Standesprivileg, sondern mit finalem Bezug auf den Vorrang des Gesetzes und die Durchsetzung des gesetzten Rechts (Art. 97 Abs. 1 GG). Im Blick auf vielfältige Abhängigkeiten von der Zweiten Gewalt<sup>30</sup> darf allerdings die tatsächliche Gewährleistung richterlicher Unabhängigkeit mit dem Ideal der Verfassung nicht gleichgesetzt werden.<sup>31</sup> Die nähere Ausgestaltung der Rechtsstellung von Richtern einschließlich der Grenzen richterlicher Unabhängigkeit eröffnen Art. 97 Abs. 2, 98 GG. Bund und Länder haben in Richtergesetzen Erwerb, Inhalt, Beendigung und Verlust des Amtes sowie Dienstaufsicht und Richtervertretungen näher geregelt. Das Deutsche Richtergesetz idF vom 19.4.1972 (BGBl. 1972 I 713) galt für Richter im Landesdienst als Rahmenrecht (Art. 75 Abs. 1 GG). Nach Wegfall der Rahmenkompetenz gilt es als Bundesrecht fort (Art. 125b Abs. 1 GG).

- 9 **2. Persönliche Unabhängigkeit.** Persönliche Unabhängigkeit bedeutet **Unversetzbarkeit** und **Unabsetzbarkeit** ohne Zustimmung des Richters. Das Ende der Amtszeit von Lebenszeitrichtern und Richtern auf Zeit ist ohne Einfluss der Exekutive<sup>32</sup> kraft Gesetzes, durch Altersgrenzen, auf eigenen Antrag (§ 48 DRiG) oder kraft richterlicher Entscheidung aufgrund des Gesetzes (§ 21 DRiG) zu bestimmen. Auch Richtern auf Probe, Richtern kraft Auftrags, abgeordneten Richtern (als solchen), Richtern im Nebenamt und ehrenamtlichen Richtern, die an der Verbürgung des Art. 97 Abs. 2 GG nicht Teil haben und deshalb nur aus zwingenden Gründen und auf das unverzichtbare Maß beschränkt herangezogen werden dürfen,<sup>33</sup> kommt ein „Minimum persönlicher Unabhängigkeit“ zu, jedoch können sie bei mangelnder Eignung oder Ablehnung der Übernahme in das Richterverhältnis auf Lebenszeit durch einen Richterwahlausschuss entlassen werden (§§ 22 f. DRiG). Derartige Ausformungen des Richterdienstverhältnisses müssen daher eine zeitlich begrenzte Ausnahme bleiben.
- 10 **3. Sachliche Unabhängigkeit.** Sachliche Unabhängigkeit bedeutet **Weisungsfreiheit** gegenüber der Exekutive und Vorgesetzten als Trägern nichtrichterlicher Gewalt.<sup>34</sup> Die Gewährleistung in der Praxis ist – wenn etwa bei Seminaren für die Fachanwaltschaft referierende Bundesrichter offen bekennen, eine bestimmte Entscheidung habe dem „Wunsch des Ministeriums“ entsprochen – keineswegs so ungefährdet, wie es die Selbstverständlichkeit des abstrakten Grundsatzes erhoffen lässt. Die sachliche Unabhängigkeit, die ohne eine ihr entsprechende innere Haltung und äußere Standfestigkeit der Amtsinhaber nicht denkbar ist, bezieht sich nicht nur auf die Spruchfähigkeit selbst, sondern auf die richterli-

30 In derselben Ausgabe der SZ vom 3.4.2025 finden sich zuletzt etwa Berichte über die Wahl zum Wisconsin Supreme Court, in die allein Elon Musk rd. 25 Mio. Dollar „investiert“ hat und – wenn auch sicher nicht unmittelbar vergleichbar, doch als Menetekel für die Gefährdungen richterlicher Unabhängigkeit gleichwertig – die sich seit Juni 2021 hinziehende und mit dem Verdacht der „Auslese per Einmischung“ behaftete Besetzung des Präsidentenamts am OVG Münster.

31 Näher PHdB-SozS/Berchtold § 4 Rn. 94 ff.

32 BVerfG 22.10.1974 – 2 BvR 147/70, E 14, 56 (71).

33 BVerfG 22.3.2018 – 2 BvR 780/15, BVerfGE 148, 69 ff., juris Rn. 63, 67.

34 BVerfG 14.7.2016 – 2 BvR 661/16, NJW 2016, 3711 ff., juris Rn. 16.

che Tätigkeit insgesamt, ausgenommen Justizverwaltungsangelegenheiten.<sup>35</sup> Die Dienstaufsicht umfasst nicht die Maßregelung richterlicher Tätigkeit,<sup>36</sup> jedoch kann die Dienstaufsicht dem Richter die ordnungswidrige Art der Ausführung eines Amtsgeschäfts vorhalten und ihn zu ordnungsgemäßer unverzüglicher Erledigung der Amtsgeschäfte<sup>37</sup> ermahnen (§ 26 Abs. 2 DRiG). Der BGH hält die Kritik der Dienstaufsicht an „offensichtlich fehlerhafter Amtsausübung“ für zulässig.<sup>38</sup> Die allgemeine Geschäftsführung der Gerichtsverwaltung, Berichterstattung über ausstehende Erledigungen und Ablehnung von Urlaubsanträgen zur fristgerechten Absetzung von Entscheidungen dürften zulässig sein. Sie berühren nicht den der Unabhängigkeit eigenen finalen Bezug zur Bindung an das Gesetz (Art. 97 Abs. 1 GG; § 25 DRiG). Dagegen scheiden eine verbindliche Vorgabe von Erledigungszahlen,<sup>39</sup> die Verpflichtung auf einen künstlich generierten und in der Außenwelt nirgends beobachtbaren „Durchschnitt“<sup>40</sup> und die Festschreibung von Prüffristen<sup>41</sup> aus. Generell gilt aber: Nicht nur Einwirkungen, die für sich bereits eine Einflussnahme auf das richterliche Entscheidungsverhalten darstellen, sondern auch bereits Maßnahmen, die „nur“ eine entsprechende Gefahr begründen und den „bösen Schein“ der (mittelbaren) Einflussnahme begründen, stellen eine Einflussnahme in die richterliche Entscheidungsfindung dar.<sup>42</sup> Maßgeblich ist nach der Rechtsprechung des EGMR jeweils nicht die Regelung, sondern ihre Anwendung in der Praxis.<sup>43</sup> Insofern ist zu beachten, wenn auch kaum zu kontrollieren, dass die Propagierung quantitativer Vorgaben durch die Gerichtsleitung ihre toxische Wirkung mittelfristig dadurch entfalten kann, dass sich die Amtsinhaber bevorzugt zur Generierung einer nach Außen „gut“ darstellbaren Statistik unter komplementärer Vernachlässigung ihrer Kernaufgaben veranlasst sehen. Die in der Praxis zu beobachtende Reduktion der rechtlich systemprägenden Aufklärung des Sachverhalts von Amts wegen (§ 103 S. 1 Hs. 1 SGG) steht paradigmatisch für eine derartige Verhaltensweise. Ohnehin finden Eingriffe in die richterliche Unabhängigkeit – soweit erkennbar – kaum in Gestalt unmittelbarer Anweisungen an Unwillige, sondern eher lateral durch die kontinuierliche Formulierung einer Erwartungshaltung gegenüber grundsätzlich Integrationswilligen statt.

35 BVerfG 22.10.1974 – 2 BvR 147/70, E 38, 139 (152 f.).

36 BVerfGE 38, 139 (151 f.).

37 Zur Konfliktlage zwischen dem individuellen Anspruch auf effektiven Rechtsschutz durch den gesetzlichen Richter und der Unabhängigkeit des einzelnen Amtsinhabers näher PHdB-SozS/Berchtold § 4 Rn. 96.

38 BGH 27.9.1976 – RiZ (R) 3/75, BGHZ 67, 184 (187 f.); umstritten.

39 Der BGH billigt derartige Vorgaben letztlich indirekt, indem er das dienstaufsichtliche Eingreifen wegen vorhandener Rückstände und den mit einem Vorhalt verbundenen Erledigungsdruck erst dann für eine Beeinträchtigung der richterlichen Unabhängigkeit hält, wenn dem Richter damit indirekt ein Pensum abverlangt wird, welches sich allgemein, also auch von anderen Richtern, sachgerecht nicht mehr bewältigen lässt (BGH 12.5.2020 – RiZ (R) 3/19, juris Rn. 28; mHa BGH 7.9.2017 – RiZ (R) 2/15, Rn. 22 mwN). Es liegt dann in der Hand der zweiten Gewalt, abschließend das „allgemein sachgerecht zu bewältigende Pensum“ zu bestimmen. Innerhalb dieser Grenze soll es zulässig sein, Einfluss auf die Arbeitsweise eines Richters zu nehmen und diesen anzuhalten, seine Arbeitsweise so zu gestalten, dass keine Unzuträglichkeiten in der Laufzeit der Prozesse entstehen, BGH 12.5.2020 – RiZ (R) 3/19, Rn. 26.

40 PHdB-SozS/Berchtold § 4 Rn. 96.

41 BVerfG 26.6.2015 – 2 BvR 2718/10 ua.

42 BVerfG 22.3.2018 – 2 BvR 780/16, BVerfGE 148, 69 ff., juris Rn. 58 mwN.

43 EGMR Campbell and Fell v. The United Kingdom, 28.6.1984, Nr. 7819/77 ua Rn. 80 u. Morris v. The United Kingdom, 26.2.2002, Nr. 38784/97, Rn. 68.

- 11 Die Sicherung und Wahrung der Verantwortlichkeit des Richters und die Achtung von Recht und Gesetz auch durch den Richter selbst setzen voraus, dass dem zur Entscheidung berufenen Richter in seiner konkreten subjektiven Belastungssituation **ausreichend Zeit** zu einer allein an Recht und Gesetz orientierten Bearbeitung des Falles zur Verfügung steht. Nur wenn dies ohne Orientierung allein an vermeintlich objektiven, durchschnittlichen Bearbeitungszeiten gewährleistet ist, kann der Richter seiner persönlichen Verantwortung gerecht werden. Auch nach der Feststellung des BVerfG erfolgt jedoch das gegenwärtige System der **Bewertung richterlicher Arbeit** nicht unwesentlich nach quantitativen Gesichtspunkten und schafft hierdurch zusätzliche Anreize für eine möglichst rasche Verfahrenserledigung auch unter Inkaufnahme inhaltlicher Defizite.<sup>44</sup>
- 12 Kein Richter ist „unabhängig“, nur weil dies (grund-)gesetzlich verankert ist. BVerfG 22.3.2018<sup>45</sup> verweist zutreffend auf die „Pflicht der Richter“, sich gegen unzulässige Einflussnahmen zur Wehr zu setzen. Die Verführungen, die eigene Unabhängigkeit durch Passivität zu gefährden, legen sich zunächst scheinbar federleicht auf das richterliche (Rechts-)Gewissen, wiegen aber im Ergebnis und kollektiv toleriert individuell wie systemisch tonnenschwer. Vielfach unbewusst erscheint es aller Verwaltungsgerichtsbarkeit zunächst, den eigenen Aufwand durch Bestätigung der angegriffenen Entscheidung gering zu halten. Die Einführung „neuer“ (allein auf der quantitativen Erfassung und Bewertung abstellender) „Führungsmethoden“ vermag eine derartige Grundhaltung auch nach Auffassung des BVerfG zu verstärken. Für einen Vorhalt quantitativer Vergleichsdaten im Rahmen der Dienstaufsicht gilt dies erst recht.<sup>46</sup> Offensichtliche Mängel in der Ermittlungsdichte und eine **Stafette der Untätigkeit** vom Verwaltungs-<sup>47</sup> bis zum Berufungsverfahren sind die erkennbare Folge. Keineswegs beruhigend kann etwa auch wirken, wie einfach „an Gesetz und Recht“ gebundene Richter – auch ohne Gesetz – davon zu überzeugen sind, dass die Anwendung von erklärtermaßen **rechtsfreien Methoden** der außergerichtlichen Konfliktbeilegung mit ihrem Amt ohne weiteres kompatibel ist.<sup>48</sup> Schließlich sind dem Erfindungsreichtum von Ministerien und Gerichtsverwaltungen kaum Grenzen gesetzt. Mögliche Maßnahmen reichen von der Heranziehung zu Ämtern, die nur die Gerichtsverwaltung zu vergeben vermag, die aber die Chancen einer künftigen Beförderung erhöhen, über die „freiwillige“ Einbindung in psychologische Seminare mit dem Angebot individueller richterlicher Persönlichkeitsanalysen und eines Einwirkens auf die Arbeitsweise von Spruchkörpern bis zu Fortbildungsveranstaltungen in Gestalt eines Besuchs bei verfahrensbeteiligten Behörden oder Arbeitgebern und der Betreuung von Veröffentlichungen.
- 13 **4. Unvoreingenommenheit.** Den Beteiligten eines gerichtlichen Verfahrens wird durch Art. 97 Abs.1, Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG unmittelbar verfassungsrechtlich auch gewährleistet, dass sie nicht vor einem Richter stehen, dem es an der gebotenen **Neutralität und Distanz** gegenüber den Verfahrensbeteiligten fehlt.<sup>49</sup> Während der Schutz der richterlichen Unabhängigkeit, der mittelbar ebenfalls der Siche-

44 S. insgesamt BVerfG 14.7.2016 – 2 BvR 661/16, NJW 2016, 3711 ff., juris Rn. 20 f. mwN.

45 BVerfG 22.3.2018 – 2 BvR 780/16, BVerfGE 148, 69 ff., juris Rn. 60.

46 Vgl. OLG Stuttgart 17.4.2015 – DGH 1/13, juris Rn. III.

47 Vgl. zuletzt SG Karlsruhe 29.7.2019 – S 12 SB 877/19; 10.10.2019 – S 12 SB 1588/19 und S 12 SB 3054/19, ASR 2020, 76 ff. sowie Kröner SGB 2020, 204 ff.

48 Näher PHdB-SozS/Berchtold Teil 1 § 6 Rn. 681 ff. und NZS 2011, 401 (406 ff.).

49 PHdB-SozS/Berchtold Teil 1 § 6 Rn. 202 mwN.

rung der Unparteilichkeit dient, die allgemeine Stellung und Tätigkeit des Richters betrifft und Einwirkungen von außen fernhalten will, zielt die Unparteilichkeit auf die Voraussetzungen der Objektivität und Sachlichkeit im Hinblick auf die Beziehungen des Richters zu den Beteiligten und zum Streitgegenstand im konkreten Verfahren.<sup>50</sup> Der Gesetzgeber ist im Rahmen der Vorausbestimmung des gesetzlichen Richters verpflichtet, Verfahrensregelungen vorzusehen, die es im Einzelfall ermöglichen, die Gewährleistungen der Verfassung durchzusetzen (§ 60 Abs. 1 S. 1 SGG, §§ 47–49 ZPO).<sup>51</sup> Umgekehrt hat der Richter Einschränkungen etwa seines Grundrechts auf Glaubensfreiheit nur aus den Gesichtspunkten der weltlich-religiösen Neutralität des Staates und der Funktionsfähigkeit der Rechtspflege sowie nach angemessener Würdigung des Spannungsverhältnisses der Verfassungsgüter im Einzelfall hinzunehmen.<sup>52</sup>

**5. Wirksamer Rechtsschutz.** Die rechtsprechende Gewalt ist staatlichen (unabhängigen, neutralen und auf gesetzlicher Grundlage vorweg bestimmten) Richtern anvertraut (Art. 92, 97, 101 Abs. 1 S. 2 GG). Richterliches Verhalten hat umgekehrt dem **rechtsstaatlichen Gebot** wirksamen Rechtsschutzes (Art. 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 GG; Art. 6 Abs. 1 EMRK) zu genügen.<sup>53</sup> Dabei beruht die Verantwortung für die Einhaltung dieser verfassungsrechtlichen Gewährleistungen ihrem Schwerpunkt nach bei den richterlichen Amtsinhabern. Für den Bürger soll nämlich die Gewährleistung des gesetzlichen Richters durch die **Überbeanspruchung** des einzelnen Richters/Spruchkörpers nicht tangiert sein.<sup>54</sup> Liegt eine „objektive Überlast“ vor, obliegt es ggf. dem Richter, sich hierauf im Rahmen seiner Unabhängigkeit durch deren Anzeige zu berufen, während der Bürger ungeachtet des objektiven Gewährleistungsgehalts von Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG nicht seinerseits als dessen „Interessenwahrer“ die aus dessen Arbeitsbelastung abgeleitete Gefährdung der richterlichen Unabhängigkeit geltend machen kann. Allerdings hat das BVerfG an anderer Stelle bereits ausdrücklich festgestellt, dass das Fehlen eines nicht an den sachlichen Verfahrenszielen orientierten eigenen Interesses des Gerichts am Verfahrensausgang im Zusammenwirken mit seiner Bindung an Gesetz und Recht (Art. 20 Abs. 3 GG) die Grundlage für die bestmögliche Ermittlung des wahren Sachverhaltes („materielle Wahrheit“) und die richtige Anwendung des materiellen Rechts auf den festgestellten Sachverhalt bildet.<sup>55</sup> Damit kann sich aus der Belastungssituation und der vorherrschenden Art der Bewertung richterlicher Arbeit (→ Rn. 11) durchaus eine **faktische/strukturelle Beeinträchtigung** von Art. 19 Abs. 4 GG ergeben, die der Bürger indessen allenfalls hinsichtlich des Aspekts der Verfahrensdauer und in dessen (engen) Grenzen angreifen kann.

Bei Art. 19 Abs. 4 GG geht es nicht nur um den Zugang zu den Gerichten durch Anfechtbarkeit und Kontrolldichte von behördlichen Entscheidungen. Der verfassungsrechtliche **„Justizgewährungsanspruch“** dient der Wahrung subjektiver Rechte und damit gleichzeitig der Durchsetzung des geltenden objektiven Rechts. Er hat seinen Grund im Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 3, Art. 28 Abs. 1

50 BVerfG 14.1.2020 – 2 BvR 1333/17, NJW 2020, 1049 ff., juris Rn. 96 mwN.

51 BVerfG 14.1.2020 – 2 BvR 1333/17, NJW 2020, 1049 ff., juris Rn. 98 mwN.

52 Zum Tragen eines Kopftuchs insofern BVerfG 14.1.2020 – 2 BvR 1333/17, NJW 2020, 1049 ff., juris Rn. 86 ff. mwN.

53 Näher Maunz/Dürig/Herzog/Schmidt-Assmann Art. 19 Abs. 4 Rn. 4, 14.

54 BVerfG 23.5.2012 – 2 BvR 625/12, NJW 2012, 2334 ff.

55 BVerfG 19.3.2013 – 2 BvR 2628/10, 2 BvR 2883/10, 2 BvR 2155/11, BVerfGE 133, 168 ff., juris Rn. 102.

S.1 GG), bezieht sich – über das herkömmliche Verständnis des Art. 19 Abs. 4 GG hinaus – nicht nur auf Rechtsschutz gegenüber der vollziehenden Gewalt, sondern „umfasst den Zugang zu den Gerichten, die Prüfung des Streitbegehrens in einem förmlichen Verfahren sowie die verbindliche gerichtliche Entscheidung“; garantiert aber keinen Rechtsmittelzug.<sup>56</sup> Justizgewährung ist „die Kehrseite des staatlichen Gewaltmonopols, der bürgerlichen Friedenspflicht und des Selbsthilfeverbots“.<sup>57</sup> Das schließt die Letztentscheidungszuständigkeit von **Schiedsstellen** aus und verbietet es, den Zugang des Bürgers zu einem Gericht durch Einführung **nicht-justizieller Verfahren** („Mediation“) zu erschweren.<sup>58</sup>

16 Art. 19 Abs. 4 GG garantiert bereits unmittelbar von Verfassungs wegen wirksamen Rechtsschutz innerhalb angemessener Zeit auch im Rahmen des vorläufigen Rechtsschutzes (§ 86b). Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit sind daher grundsätzlich gehalten, **vorläufigen Rechtsschutz** zu gewähren, wenn Antragstellenden andernfalls eine erhebliche Verletzung ihrer Rechte droht, die durch die Entscheidung in der Hauptsache nicht mehr bewältigt werden kann. Je schwerer die sich aus der Versagung vorläufigen Rechtsschutzes ergebenden Belastungen wiegen und je geringer die Möglichkeit ihrer nachträglichen Kompensation wiegt, umso weniger darf das Interesse an vorläufigen Maßnahmen hintangestellt werden. Die Beurteilung des Anordnungsgrundes darf daher nicht schematisch, sondern muss nach Maßgabe einer **konkreten Bewertung im Einzelfall** beurteilt werden.<sup>59</sup> Praktisch unterliegt die Anwendung dieser Grundsätze indessen vielfach einer regelhaften Bestätigung des regelhaften Erlasses sofort vollziehbarer Verwaltungsakte (§ 86a Abs. 2 SGG) etwa bei der Forderung von Sozialversicherungsbeiträgen nach einer Betriebsprüfung (§ 28p SGB IV).<sup>60</sup>

17 **6. Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren.** Das BVerfG und der EGMR haben wiederholt Anlass gesehen, die Dauer von Gerichtsverfahren zu beanstanden. Überdies hat der EGMR nach Art. 13 EMRK eine Rechtsschutzlücke im deutschen Recht festgestellt und ein Recht auf wirksame Beschwerde gegen die unangemessene Dauer von Verfahren begründet.<sup>61</sup> Mit dem Gesetz vom 24.11.2011 (BGBl. 2011 I 2302) sucht der Gesetzgeber diese Lücke ab 3.12.2011 (Art. 24 des Gesetzes) zu schließen, indem § 202, § 198 Abs. 1 S. 1 GVG für den von einer unangemessenen Verfahrensdauer Betroffenen einen **materiellen Anspruch auf angemessene Entschädigung** begründet (näher → § 202 Rn. 13 ff.). Mit dieser als **abschließend** gedachten Regelung<sup>62</sup> verzichtet der Gesetzgeber auf einen Rechtsbehelf mit Devolutiveffekt (zB Untätigkeitsbeschwerde), um „Belastungen für die Praxis“ zu begrenzen. Er erwartet von der Regelung „eine **konkret-präventive Beschleunigungswirkung**“.<sup>63</sup> Dies gilt auch für die Fälle, in denen wirksamer Rechtsschutz nur durch unverzügliches Handeln des Gerichts denkbar ist

56 BVerfG 30.4.2003 – 1 PbvU 1/02, E 107, 395, 401 ff. (404).

57 BVerfG 11.6.1980 – 1 PBvh 1/79, E 54, 77 (292); Maunz/Dürig/Herzog/Schmidt-Assmann Art. 19 Abs. 4 Rn. 16.

58 BVerfG 30.6.2009 – 2 BvE 2/08 ua, BVerfGE 123, 267 ff.

59 BVerfG 1.8.2017 – 1 BvR 1910/12, WuM 2017, 516 ff.

60 Vgl. näher Bертold, Erlass von „Betriebsprüfungsbescheiden“ nach einer Prüfung durch die Behörden der Zollverwaltung – Von der drohenden Mutation der Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit von der fachlich untergliederten Fachgerichtsbarkeit zum dysfunktionalen System iSv Niklas Luhmann, ASR 2024, 202 ff. und 252 ff.

61 EGMR 26.10.2000 – 30210/96, NJW 2001, 2694.

62 BT-Drs. 17/3802, 16.

63 BT-Drs. 17/3802, 16.

## Stichwortverzeichnis

Die **fetten** Zahlen verweisen auf den Paragraphen, die mageren auf die Randnummer.

§ 2 GKG **184** 10

§ 3 RVG **196** 1

§ 45 DRiG **15** 2

Abänderungsbescheid im Vorverfahren **86** 2 ff.

Abänderungsklage **54** 5, **141** 25

Abänderungs- und Ersetzungsbescheid

– Ablehnungsbescheid **96** 9

– aufschiebende Wirkung **86a** 10

– Ausführungsbescheid **96** 12

– Berufung **96** 21 ff., **153** 8 ff.

– Dauerrechtsverhältnis **96** 14, 16

– Dispositionsbefugnis **96** 20

– entsprechende Anwendung **96** 14 ff.

– Fehler bei der Einbeziehung **96** 27 ff.

– Gerichtsverfahren **96** 1 ff., 17

– Heilung von Anhörungs- oder Ermessensfehler **96** 8

– im Instanzenzug **96** 17, 21 ff.

– Nichtzulassungsbeschwerde **96** 24 ff.

– Rechtshängigkeit **96** 17

– Revision **96** 26

– Übergangsrecht **96** 15

– Vorverfahren **78** 15, **96** 18

– Wahlrecht **96** 20

– Widerspruchsbescheid **96** 3, 11

Abgeordneter **17** 8

Abgeordnete Richter **30** 3

Abhängig Beschäftigter **57** 10

Abhilfe **172** 2

– Anhörungsrüge **178a** 25

– durch das SG **174** 1

– Erinnerung **178** 6

– im dreipoligen Rechtsverhältnis **77** 8, **78** 10, 14, **84** 15

– im Klageverfahren **96** 12

– im Vorverfahren **86** 2

– Verwaltungsakt mit Drittwirkung **78** 10

– Verwerfung **178a** 25

– Widerspruch **85** 2

Ablehnung

– Besorgnis der Befangenheit **60** 10

– Nichtanfechtbarkeit von Entscheidungen über die A. **172** 11

– von Sachverständigen **118** 25 ff.

Ablehnungsbescheid, Bindungswirkung **77** 6

Ablehnungsentscheidung

– Anhörungsrüge **60** 24

– Verfahrensfehler **60** 23

– Verfassungsbeschwerde **60** 25

– Zwischenentscheidung **60** 25

Ablehnungsgesuch

– außerhalb mündlicher Verhandlung **60** 18

– Begründetheit **60** 17

– Erledigung **60** 16

– Fortsetzung des Termins **60** 19

– mündliche Verhandlung **60** 19

– offensichtlich unzulässig **60** 20

– rechtsmissbräuchlich **60** 20

– Rechtsmittel **60** 22

– Rechtsschutzbedürfnis **60** 16

– Selbstentscheidung **60** 20

– Substantiierung **60** 16

– Übergehen **60** 23

– Vertagung **60** 19

– Zeitpunkt **60** 16

– Zulässigkeit **60** 16

Ablehnungsgründe d. ehrenamtlichen Richter

– abschließende Regelung **18** 3 ff.

– Erreichen Altersgrenze **18** 4

– Frist der Geltendmachung **18** 9

– gesundheitliche Gründe **18** 7

– Gründe, besondere **18** 8

– Inanspruchnahme durch ehrenamtliche Tätigkeit **18** 6

– zehn Jahre Tätigkeit **18** 5

Ablehnungsrecht

– Verlust **60** 16

- Ablehnungsverfahren  
– Formalentscheidung **60 20**
- Abordnung  
– von Richtern **30 3**  
– Zustimmung **32 4**
- Abschriften von Schriftsätzen **93 1 ff.**
- Absendeprotokoll, Fax **151 20**
- Abstimmung **61 22**
- Abtrennung des Verfahrens bei der  
Widerklage **100 11**
- Abweichung  
– als besondere Form der grundsätzlichen Bedeutung **160 27**  
– als Voraussetzung der Divergenzzulassung **160 27 ff.**  
– als Voraussetzung der Revisionszulassung **160a 25**  
– Darlegung **160a 25**  
– Großer Senat **41 4 f.**  
– maßgeblicher Zeitpunkt **160 27**
- Abzweigung  
– aufschiebende Wirkung **86a 15**
- Agentur für Arbeit **57 22**
- aG-light **51 14**
- Akten  
– Anforderung durch LSG **152 2**  
– Nichterscheinen der Beteiligten **126 3**
- Akteneinsicht **120 1 ff., 8**  
– Abschriften **120 11**  
– Aktenabruf **120 9**  
– Aktenausdruck **120 9**  
– Akteneinsicht **120 9**  
– Ausschluss **120 13 f.**  
– Beschränkung **120 13 f.**  
– Blinde, Sehbehinderte **120 12**  
– Datenschutz **120 4 ff.**  
– elektronische Gerichtsakte **120 9**  
– Entscheidung **120 8**  
– für ehrenamtliche Richter **19 7**  
– Papierakte **120 10 f.**
- Aktenlage, Entscheidung nach **110 7**
- Aktive Nutzungspflicht  
– elektronische Dokumente **65d 2**  
– Ersatzeinreichung **65d 3**
- Aktive Prozessführungsbefugnis  
**70 8**
- Aktivlegitimation **Vor 51 16, 55 6**
- Allgemeines Persönlichkeitsrecht  
**103 26**
- Allgemeininteresse **160 13**
- Allgemeinkundigkeit **103 14**
- Allgemeinverfügung **Vor 51 22**
- Alter ehrenamtlicher Richter **16 3**  
– am LSG **35 2**
- Alterssicherung der Landwirte  
– Kammerbesetzung **12 4**
- Amt des ehrenamtlichen Richters  
– Beendigung **17 7**
- Amtsablehnung s. Ablehnungsgründe
- Amtsausübung d. ehrenamtlichen Richters **20 3 f.**
- Amtsentbindung **22 3 ff.**  
– Anordnung, einstweilige **22 12**  
– Bekanntwerden Ausschließungsgrund **22 6**  
– Fakultativ **22 9**  
– Fehlen Berufungsvoraussetzung **22 5**  
– fehlerhaftes Berufungsverfahren **22 4**  
– Form der Entscheidung **22 11**  
– unterbliebene, Rechtsfolgen **22 10**  
– Verfahren **22 11**  
– von Amts wegen **22 7**  
– Zuständigkeit **22 11**  
– Zwingend **22 7**  
– zwingende Gründe **22 3**
- Amtsenthebung **22 8**
- Amtsentlassung  
– ehrenamtlicher Richter **18 10**  
– Verhältnis zur Amtsenthebung **18 12**
- Amtsermittlung s. Sachaufklärung  
– Präklusion **157a 2**
- Amtsermittlungsgrundsatz **54 23, 103 2 ff.**
- Amtsermittlungsprinzip **202 6**
- Amtsgericht **76 9, 198 20, 200 9**
- Amtshaftung  
– berechtigtes Interesse für Feststellungsklage **131 19**  
– Rechtsweg **Vor 51 4**
- Amtshaftungsprozess **1 6**

- Amtshilfe 5 2, 205 3
- für Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit 5 3
- Amtsperiode ehrenamtlicher Richter 13 4 f.
- Ampflichtverletzung 21 3 f., 22 8
- Amtszeit der ehrenamtlichen Richter beim BSG 45 4
- Änderungsbescheid s. Abänderungs- und Ersetzungsbescheid
- im Berufungsverfahren 153 8 ff.
- Änderungsklage 141 25
- Anerkenntnis 101 31 ff., 185 4, 199 6, 201 5, 202 6
- Annahme 101 35
- sofortiges 193 24
- Widerrufsvorbehalt 101 35
- Anerkenntnisurteil 101 37, 125 14
- Anfechtbarkeit 56a 7
- Ausnahmen 56a 7
- Anfechtung
- Berufungsrücknahme 156 4
- Anfechtungsklage Vor 51 9, 11, 54 3 ff., 131 2, 201 4
- Abänderung 54 5
- Absenkung von Leistungen 54 6
- Abzweigung 54 6
- Auflagen 131 4
- Aufrechnung 54 6
- Aufsichtsklage 54 83
- Begründetheit 54 17 ff.
- Beitragsforderung 54 6
- Beschwer 54 10
- Bindung nach 141 13
- Entscheidung Schiedsstelle 54 6
- Entziehung Merkzeichen 54 6
- Entziehung Nachteilsausgleich 54 6
- Erlass Widerspruchsbescheid 54 26
- Herabsetzung GdB 54 6
- Herabsetzung Pflegestufe 54 6
- isolierte 54 6
- Klagebefugnis 54 10
- kombinierte 87 2
- maßgeblicher Zeitpunkt 54 26 ff.
- Nebenbestimmungen 131 4
- Popularklage 54 13
- Reflexwirkung 54 13
- Regress Vertragsarztrecht 54 6
- Rückforderungsbescheid 54 6
- Ruhen von Leistungen 54 6
- Sperzeit 54 6
- Umfang der Rechtskraft 141 13
- und Leistungsklage Vor 51 11
- und Verpflichtungsklage Vor 51 11
- Verwaltungsakt 54 9
- Widerspruchsbescheid 54 4
- Zulässigkeit 54 8 ff.
- Anfechtungsurteil 125 13
- teilweise Aufhebung 131 2
- Anfrageverfahren
- Divergenzvorlage 41 16 f.
- Konflikt zwischen mehr als zwei Senaten 41 17
- Anhörung 54 21
- eines bestimmten Arztes 109 1 ff.
- Heilung von -fehlern durch Abänderungs- und Ersetzungsbescheid 96 8
- Nachholung im Widerspruchsverfahren 85 7
- Verwerfung der Berufung 158 5
- vor Beschlussscheidung 153 35
- Anhörungsmitteilung s. Gerichtsbescheid
- Anhörungsrüge 127 6, 128 29, 172 4, 177 3
- Adressat 178a 17
- Anwendungsbereich 178a 9
- Aussetzung des Vollzuges 178a 27
- bei Entscheidung über Erinnerung 178 8
- Beschluss 178a 25
- Bezeichnung der angegriffenen Entscheidung 178a 20
- Darlegung des Gehörverstoßes 178a 21
- Darlegungslast 178a 19
- Form 178a 17
- Form, Frist 178a 5 ff.
- Fortführung des Verfahrens 178a 26
- Frist 178a 14
- Fristbeginn bei formlos mitgeteilter Entscheidung 178a 16
- Funktion 178a 2, 10 ff.
- gegen Beschluss des BSG 160a 44

- Glaubhaftmachung **178a 14**
- instanzabschließende Entscheidungen **178a 13**
- keine Hemmung der Rechtskraft **178a 27**
- kein Vollzugshindernis **178a 27**
- Lückenschließung im Rechtsschutzsystem **178a 6**
- Nachrangigkeit **178a 7**
- Rechtsentwicklung **178a 1**
- Regelungen in anderen Verfahrensordnungen **178a 3**
- Statthaftigkeit **178a 4**
- und Rechtsmittel/-behelfe **178a 2 ff.**
- Verfassungsmäßigkeit **178a 22**
- Verschweigungsfrist **178a 15**
- Vertretungszwang **178a 18**
- Verwerfung der Revision **169 7**
- Anhörungsrüge, Beschluss über
- Begründung **178a 25**
- Besetzung **178a 25**
- fakultative mündliche Verhandlung **178a 25**
- Unanfechtbarkeit **178a 25**
- Anknüpfungstatsachen **118 30 f.**
- Anordnung
- der aufschiebenden Wirkung **86b 5 ff., 13 ff.**
- der Aufsichtsbehörde **57a 8**
- des pers. Erscheinens **191 6 ff.**
- einstweilige **22 12, 184 5, 199 5, 9 ff., 201 5**
- Anordnung der aufschiebenden Wirkung **86b 5 ff., 13 ff., s.a. Einstweiliger Rechtsschutz**
- Abänderung der Entscheidung **86b 28**
- Abgrenzung zur einstweiligen Anordnung **86a 7, 86b 8, 30**
- Aufhebung der Vollziehung **86b 27**
- Aussetzung der Vollziehung durch die Verwaltung **86a 24 ff.**
- Begründetheit des Antrags **86b 11 ff.**
- behördliche Vollzugsanordnung **86b 11**
- Beschluss **86b 65**
- Bindungswirkung **86b 25**
- Doppelhypothese **86b 4, 14**
- Eilbedürftigkeit **86b 14**
- entscheidungserheblicher Zeitpunkt **86b 20**
- Entscheidungsmaßstab **86b 3 f., 14 ff.**
- Erfolgsaussichten des Rechtsbehelfs **86b 18 f.**
- Erfolgsaussichten in der Hauptsache **86b 15 ff.**
- Erledigung der Hauptsache **86b 8**
- Ermessen des Gerichts **86b 21, 23**
- faktische Vollziehung **86b 8, 24**
- Fortsetzungsfeststellungsantrag **86b 8**
- Grundrechte **86b 3 f., 16, 18**
- Güter- und Folgenabwägung **86b 4, 18**
- Hauptsacherechtsbehelf **86b 9**
- Interessenabwägung **86b 14 ff., 18**
- Kosten **86b 71**
- Rechtskraft **86b 66**
- Rechtsmittel **86b 67**
- Rechtsschutzbedürfnis **86b 10**
- Rückabwicklung **86b 70**
- Sicherheitsleistung **86b 23**
- summarische Prüfung **86b 4, 64**
- Verfahren **86b 62**
- Vollstreckung **86b 29**
- Vollzugsfolgenbeseitigung **86b 27**
- Vorlagepflicht **86b 69**
- Vorrang **86a 7, 86b 8**
- Zulässigkeit des Antrags **86b 7 ff.**
- zuständiges Gericht **86b 9, 28**
- Anordnung der sofortigen Vollziehung
- Begründung **86a 21, 86b 11**
- besonderes Interesse **86a 22**
- durch Gericht **86b 5 ff.**
- durch Verwaltung **86a 19 ff.**
- Erfolgsaussichten des Rechtsbehelfs **86a 23, 86b 15**
- Interessenabwägung **86a 22**
- Anpassungsvorschrift **203 3**
- Anscheinsbeweis **103 7, 128 12**
- Anschlussberufung **143 29 f.**
- nach Berufungsrücknahme **156 17 f.**

- Anschlussbeschwerde **160a 5**  
– an Nichtzulassungsbeschwerde des Gegners **160a 7**
- Anschlussfrist für die Anschlussrevision **160 54**
- Anschlussrevision  
– Anschlussfrist **160 54**  
– Anschlussschrift **160 56**  
– Form und Frist **160 56**  
– Streitgegenstand **160 55**  
– Verschlechterungsverbot **160 55**  
– Voraussetzungen **160 55**  
– Wahlrecht **160 54**  
– Zulassung **160 55**
- Anschlussschrift **160 54**
- Anspruch, prozessualer (§ 123)  
*s.a.* Klagebegehren
- Antrag  
– auf Erstattung v. Beteiligtenvergütung **191 8, 22**  
– auf Erstattung v. Kosten **193 10**  
– auf Kostenfestsetzung **197 5**  
– auf richterliche Festsetzung v. Beteiligtenvergütung **191 25**  
– auf Tatbestandsberichtigung **139 4**  
– Auslegung **123 5**  
– Beweis *s.* Beweisantrag  
– im Urteilsergänzungsverfahren **140 6**  
– Klage **92 8**  
– Prozesskostenhilfe **73a 16**  
– Revision **164 16 ff.**  
– Umdeutung **123 6**  
– Wiederholung im Berufungsverfahren **157 11**
- Anwalt *s.* Rechtsanwalt
- Anwaltszwang **202 25**
- Anwartschaften **55 42, 52**
- Anzeige der Überbeanspruchung **114**
- Apotheker **109 9**
- Arbeitgeber **54 16, 42**  
– als ehrenamtliche Richter **16 6 ff.**  
– Beamte **16 9**  
– Beschäftigung Sozialversicherungspflichtiger **16 7**  
– Leitende Angestellte **16 10**  
– Mitglieder Arbeitgebervereinigungen **16 11**  
– Vertreter jur. Person **16 8**  
– vorübergehende Nichtbeschäftigung **16 12**
- Arbeitgeberverband, Prozessvertretung **73 12**
- Arbeitgeberzuschuss **183 5**
- Arbeitnehmer **54 40**
- Arbeitsbescheinigung **183 4**  
– Rechtsweg **51 10**
- Arbeitsförderung **51 10**  
– Kammerbesetzung **12 4**
- Arbeitsgemeinschaft  
– Widerspruchsbescheid **85 12**
- Arbeitslosenversicherung  
– aufschiebende Wirkung **86a 15, 17**  
– Widerspruchsbescheid **85 10**  
– Widerspruchsstelle **85 10**
- Arzneimittelübersicht  
– Verwaltungsakt **Vor 51 20**
- Arzt des Vertrauens **109 1 ff.**  
– Anhörung mehrerer Ärzte **109 11**  
– Arzt im Ausland **109 12**  
– Entscheidung über Kostentragung **109 29 ff.**  
– Kostenvorschuss **109 15 ff.**  
– rechtsmissbräuchlicher Antrag **109 23**  
– Verzögerung **109 18 ff.**
- Arzthaftung **183 4**
- Ärztliche Schweigepflicht **103 27, 106 18, 21, 106a 5, 118 40**
- Asylbewerbergesetz **11**
- Asylbewerberleistungsgesetz **10 1, 12 1, 14 1, 51 1, 16**  
– Kammerbesetzung **12 14**
- Asylbewerberleistungsrecht  
– Vorschlagslisten für ehrenamtliche Richter **14 6**
- Aufenthaltort **57 4, 9**
- Aufhebung *s.* Anfechtungsklage  
– des Verfahrens **159 9**
- Aufklärungspflicht des Vorsitzenden **106 1 ff.**
- Aufklärungsrüge **160 41**  
– Beweisanregung **160a 32**  
– Beweisantrag **160a 32**  
– Beweisantritt **160a 32**
- Aufrechnung **Vor 51 22**  
– Gegenforderung **141 29**

- Aufruf der Sache **112 7**
- Öffentlichkeit (rechtliches Gehör) **61 5**
  - rechtliches Gehör **62 15**
- Aufschiebende Wirkung **86a 2 ff., 199 4, 12**
- Abänderungs- und Ersetzungsbescheid **86a 10**
  - Abgrenzung zur einstweiligen Anordnung **86b 8**
  - Abzweigung **86a 15**
  - Anordnung durch Gericht **86b 5 ff.**
  - Arbeitnehmerüberlassung **86a 18**
  - Arbeitslosenversicherung **86a 15**
  - Ausschluss **86a 13 ff.**
  - Bedeutung **86a 4**
  - Beginn **154 4**
  - Begründetheit des Rechtsbehelfs **86a 11**
  - behördliche Anordnung der sofortigen Vollziehung **86a 19 ff.**
  - Beitragspflicht **86a 14**
  - Berufung bei Leistungsurteil **154 9 ff.**
  - Berufungsausschuss **86a 7**
  - Beschwerdeausschuss **86a 17**
  - Dauer **86a 10 ff.**
  - deklaratorischer Verwaltungsakt **86a 8**
  - der Berufung **154 2 ff.**
  - der Nichtzulassungsbeschwerde **154 2 ff.**
  - Eintritt **86a 10 f.**
  - Ende **86a 12, 154 4**
  - Entziehung **86a 17**
  - erfolgloser Rechtsbehelf **86a 12**
  - Erstattungsbescheid **86a 15**
  - feststellender Verwaltungsakt **86a 7 f.**
  - Grundsatz **86a 7**
  - Grundsicherung **86a 17**
  - Klage **86a 10**
  - laufende Leistungen **86a 15 f.**
  - öffentliche Abgaben **86a 14**
  - Regel/Ausnahme **86a 9**
  - Soldatenentschädigungsrecht **86a 15**
  - soziales Entschädigungsrecht **86a 15**
  - Sozialversicherung **86a 16**
  - Umlagepflicht **86a 14**
  - Versagung **86a 17**
  - Versicherungspflicht **86a 14**
  - Verwaltungsakt **86a 5**
  - Verwaltungsakt mit Drittwirkung **86a 5**
  - Vollstreckung **86a 6**
  - Vollziehbarkeit **86a 4**
  - Vollziehung **86a 5**
  - Wesen **86a 4**
  - Wiederherstellung **86b 5, 11 ff.**
  - Zulässigkeit des Rechtsbehelfs **86a 11**
  - Zulassungsausschuss **86a 7**
- Aufsichtsangelegenheiten
- erstinstanzliche Zuständigkeit des LSG **29 10**
- Aufsichtsbehörde **57a 8**
- Aufsichtsklage **54 83 ff.**
- Weisungen der Bundesauftragsverwaltung **54 85**
- Aufwendungen
- d. Beteiligten **193 11**
  - d. Gebührenpflichtigen **193 19**
- Aufwendungsausgleich **183 5**
- Augenschein **76 4, 103 32, 106 25, 118 11, 128 8**
- Ausbildungszeiten **55 50**
- Ausfertigung **137 2**
- elektronische **137 10**
  - Mängel der **137 5**
  - Medientransfer **137 9**
  - Unterschrift der Richter **137 4**
  - vollständige **151 8 f.**
  - vollstreckbare **199 18**
  - von Beschlüssen **142 17**
  - Zustellung der **137 5**
- Ausfertigungsvermerk **151 9**
- Ausforschungsbeweis **103 10**
- Ausführung
- vorläufige A. des Urteils **154 12 ff.**
- Ausführungsbescheid **154 13**
- Einbeziehung ins Klageverfahren **96 12**
- Auskunft **Vor 51 23, 106 19 ff.**
- Auskunftsklage **54 87**

- Auslagen des Rechtsanwalts **193 14**  
 Ausland **57 17**  
 Ausländisches Recht  
 – Revisibilität **162 16**  
 – vom Tatsachengericht übersehene Norm **162 17**  
 Auslegung  
 – des Tenors **136 9**  
 – Prozessklärung **164 4**  
 – von Verwaltungsakten, Revisibilität **162 10**  
 Auslegungsregeln **1 21, 162 8**  
 Ausschließung **60 5**  
 – absoluter Revisionsgrund **60 9**  
 – Verfahren **60 9**  
 Ausschließungsgrund **17 3 ff., 22 6**  
 – Bedienstete KAV **17 5**  
 – Bedienstete Landkreis **17 5**  
 – Bedienstete Sozialversicherung **17 5**  
 – ehrenamtlicher Richter **17 3 ff.**  
 – Persönlicher **17 3**  
 – Vermögensverfall **17 3**  
 – Vertragsarztrecht **17 6**  
 – Vorstandsmitglied **17 4**  
 Ausschluss  
 – absoluter **60 5**  
 – neuen Vorbringens **157a 7 ff.**  
 – relativer **60 5**  
 – Vorbringen **157a 2 ff.**  
 – Vorbringen vor LSG **157a 11 ff.**  
 Ausschlussgrund  
 – StaSi-Vergangenheit **17 8**  
 Ausschuss **23 3 ff.**  
 – Aufgaben **23 5**  
 – der ehrenamtlichen Richter **23 3 ff.**  
 – Richterernennung **11 4**  
 Außerordentliche Beschwerde **172 4**  
 Äußerung, dienstliche  
 – Befangenheit **60 16**  
 Aussetzung  
 – bei Aufrechnung **141 31**  
 – bei Verdacht einer Straftat **114 10**  
 – bei Verfahren vor BVerfG **114 12**  
 – bei Verfahren vor EGMR **114 12**  
 – bei Verfahren vor EuGH **114 12**  
 – bei Verfahren vor Großem Senat des BSG **114 12**  
 – der sofortigen Vollziehung, Rechtsbehelf **86a 29**  
 – der Vollstreckung **199 9 ff.**  
 – der Vollstreckung, Zuständigkeit **199 14**  
 – der Vollziehung **175 6 f.**  
 – der Vollziehung durch Verwaltung **86a 24 ff.**  
 – des Verfahrens durch Berichterstatter **155 12**  
 – des Verfahrens **114 4 ff.**  
 – des Verfahrens, Normenkontrollverfahren **55a 17**  
 – fehlendes Vorverfahren **78 8**  
 – Untätigkeitsklage **88 18**  
 Auszahlungsakt **Vor 51 22**  
 Bagatellstreitwert **Vor 51 9**  
 Beamte als ehrenamtliche Richter **16 9**  
 Beanstandung von Fragen **116 9 f.**  
 Beauftragter Richter **178 4**  
 Bedeutung, grundsätzliche  
 – Rechtsfrage **160 18 ff.**  
 Bedingung **160a 12, 164 4**  
 Beeidigung der Aussage **118 16, 36**  
 Befangenheit **60 10**  
 – Ablehnungsgesuch **60 16**  
 – Anhörrungsrüge **60 14**  
 – dienstliche Äußerung **60 16**  
 – ehähnliche Gemeinschaft **60 12**  
 – Freundschaft **60 12**  
 – Geschäftsbeziehung **60 12**  
 – instanzübergreifende Richterehe **60 12**  
 – Kollegialität **60 12**  
 – Prozessbevollmächtigter **60 12**  
 – Verlöbnis **60 12**  
 – Vorbefassung **60 14**  
 – Vorstand **60 15**  
 – Wiederaufnahme **60 14**  
 – wissenschaftliche Äußerungen **60 14**  
 Befundbericht **118 30**  
 Befundtatsachen **118 30**  
 Begriff, normativer  
 – tatrichterliche Beurteilung **162 11**  
 Begründetheit  
 – der Anfechtungsklage **54 17 ff.**  
 – der Feststellungsklage **55 36 ff.**

- der Leistungsklage 54 98, 106
- der Verpflichtungsklage 54 43 ff.
- Begründung
  - Revision 164 10 ff., 14
  - Urteil 128 26, 170 20
  - von Beschlüssen 142 8
- Begründungserfordernisse der Nichtzulassungsbeschwerde zum BSG
  - verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit 160a 16
- Begründungspflicht des BSG
  - keine B. bei nicht durchgreifenden Verfahrensrügen 170 18
- Behindertenverbände 54 60, 62
- Behinderter 12 13, 183 6
- Behörde
  - Vertretung 71 7
  - Widerspruchseinlegung 84 13
- Behördenaktenübermittlungsverordnung 104 11
- Beibringungsgrundsatz 120
- Beigeladener Vor 51 8, 193 19, 197a 29, 202 6
  - Stellung 69 4, 75 13
  - Verurteilung bei Bestandskraft 77 11
- Beiladung 106 26
  - allgemeine Voraussetzungen 75 2
  - Aufhebung 75 12
  - Beschluss 75 11
  - Beteiligung am Vergleich 101 7
  - Bindung an rechtskräftige Urteile 141 19
  - Bundesrepublik Deutschland 75 3
  - durch Berichterstatter 155 7
  - echte notwendige Beiladung 75 5
  - einfache 75 3
  - einstweiliger Rechtsschutz 86b 62
  - Fremdversicherungsträger 75 9
  - im vorbereitenden Verfahren 155 7
  - Massenbeiladung 75 7
  - Normenkontrollverfahren 55a 13
  - Normzweck 75 2
  - notwendige 75 4 ff.
  - notwendige unechte Beiladung 75 10
  - Rechtsmittel 75 15
  - Revision 168 7
  - Verfahren 75 11
  - Verurteilung 75 16
  - Wirkung 75 13 f.
  - Wirkungen 75 14
- Beistand 73 26
  - Ausschließung 60 7
- Beiträge
  - Berechnung und Anrechnung 55 63
- Beitragsanspruch 182 2 ff.
- Beitragspflicht
  - aufschiebende Wirkung 86a 14
- Beziehung von Krankenunterlagen 106 17
- Bekanntgabe
  - des Verwaltungsakts 84 7 ff.
  - erneute 84 10, 87 8
  - Fiktion bei Verwaltungsakt 87 4 f.
  - Fristbeginn 87 4
  - Klage vor B. 87 7
  - Massenverfahren 87 6
  - öffentliche B. des Widerspruchsbescheides 85 25
  - Widerspruchsbescheid 85 19, 25
- Beklagter
  - Angabe in Klageschrift 92 4
  - Sitz 57 11
  - Untätigkeitsklage 88 8
  - Wohnsitz 57 11
- Belastungssituation des Richters 11 11
- Bemerkung, beiläufige s. obiter dictum
- Benachrichtigung von Beweisaufnahmetermin 116 4
- Beobachtungspflicht des Gesetzgebers
  - keine Revisionszulassung wegen ausgeschlossener Verfahrensfehlern 160 30
- Beratender Ausschuss
  - Richterernennung 11 3
- Beratung
  - Beratungsgeheimnis 61 21
  - Teilnehmer 61 21
  - Telefonkonferenz 61 21
  - Videokonferenz 61 21
- Beratungsgeheimnis 61 23
  - ehrenamtlicher Richter 19 8

- Berechtigter
- SGB XIV 12 13
  - Soldatenschädigungsgesetz 12 13
- Berechtigtes Interesse an baldiger Feststellung s. Feststellungsinteresse
- Berichterstatter
- als Einzelrichter 155 1 ff.
  - als gesetzlicher Richter 33 10
  - Anrufung des Senats 155 9
  - Aussetzung des Verfahrens 155 12
  - Beiladung 155 7
  - beim LSG 33 11
  - Beschluss 155 11 ff.
  - Beschwerde 155 4
  - Beweisaufnahme 155 8
  - einstweiliger Rechtsschutz 155 4, 15 f.
  - Einzelrichterentscheidung 155 23
  - Entscheidung im vorbereitenden Verfahren 155 11
  - Entscheidungsbefugnis im vorbereitenden Verfahren 155 11 ff.
  - Entzug von Aufgaben 155 6
  - Erledigung des Verfahrens 155 13
  - Erörterungstermin 155 7
  - Geschäftsverteilung 155 5
  - gesetzlicher Richter 33 8, 155 2 f., 5
  - Hängebeschluss 155 16
  - Klageverfahren LSG 155 4
  - konsentierter Einzelrichter 155 17 ff.
  - Kostenentscheidung 155 13 f.
  - Landessozialgericht 155 1 ff.
  - Maßnahmen im vorbereitenden Verfahren 155 9
  - Präklusion 155 7
  - Prozesskostenhilfe 155 13
  - Ruhen des Verfahrens 155 12
  - Sofortmaßnahmen 155 15 f.
  - Streitwertfestsetzung 155 14
  - Termin 155 7
  - Trennung 155 12
  - übertragbare Aufgaben 155 7
  - übertragene Aufgaben 155 6 ff.
  - Übertragung von Aufgaben 155 6 ff.
  - Übertragung von Aufgaben des Vorsitzenden auf Berichterstatter 33 7
  - Verbindung 155 12
  - vorbereitendes Verfahren 155 10
  - Vorsitzender 155 11, 22
  - Zeuge 155 8
- Berichtigung
- Antrag 138 9
  - Begründung 138 10
  - Beschluss 138 1
  - Beweiskraft des Tatbestands 139 3
  - des Tatbestandes 139 1
  - des Tenors 138 2
  - des Urteils s. Urteilsberichtigung
  - elektronisches Dokument 138 11
  - Kostenentscheidung 138 6
  - offenbare Unrichtigkeit 138 3
  - Rechtsmittel 138 12, 14
  - Rechtsmittelfrist 138 13, 139 7
  - unvollständiger Tenor 138 8
- Berichtigungsbeschluss
- Berufungsfrist 151 11
- Berufsrichter 3 2, s.a. Richter
- auf Probe 11 5
  - Ausschließung und Ablehnung 60 2
  - beim LSG 32 2
  - Ernennung 11 3
  - im Nebenamt 11 6
  - kraft Auftrags 11 5
- Berufsständische Vereinigung der Landwirtschaft 73 11
- Berufung 143 1 ff., 145 3 ff., 151 2
- Abänderungs- und Ersetzungsbescheid 96 21 ff.
  - Anfechtung der Rücknahme 156 4
  - Anhörung eines bestimmten Arztes 109 11
  - Anschlussberufung 156 17 f.
  - anstelle der Nichtzulassungsbeschwerde 145 14
  - aufschiebende Wirkung 154 2 ff.
  - Auslegung 158 6
  - B. in anderen Verfahrensordnungen 143 2
  - Bedingung 151 2
  - Begründung 151 27 f.
  - Beigeladener 156 10

- Berechtigung zur Einlegung der B. **143 14**
- Berichterstatter **158 7**
- Beschlussentscheidung **153 31**
- Beschwer **143 17, 144 5**
- Beschwerdewert **144 10**
- Beteiligtenwechsel **99 26**
- der ehrenamtlichen Richter beim BSG **45 3**
- Devolutiveffekt **143 28**
- Dispositionsmaxime **143 21**
- ehrenamtlicher Richter **13 3 ff.**
- Einlegung **151 3 ff., 20 ff.**
- Einwilligung zur Rücknahme **156 9**
- elektronische Form **151 18 ff.**
- E-Mail **151 18**
- Entscheidung über Rücknahme **156 19 f.**
- Entscheidung über Rücknahmefiktion **156 14 ff.**
- Ergänzungsurteil **143 10**
- (fehlerhafte) Entscheidung über die Nichtzulassung **145 6**
- Form **151 14 ff.**
- formelle Beschwer **143 18 f.**
- Fortsetzung nach Rücknahme **156 20**
- Frist für Begründung **151 5, 27 f.**
- Frist für Einlegung **151 5 ff.**
- Funktion der B. **143 4**
- Gegenstand **143 21, 157 2, 6 f.**
- Gegenstand der B. **143 5, 11**
- Geldleistungen **144 9**
- Gerichtsbescheid **105 14, 20, 158 8**
- grundsätzliche Statthaftigkeit **145 3**
- Grundurteil **143 10**
- Heraufholen von Prozessresten **143 21**
- Inhalt **151 26 ff.**
- keine Umdeutung in Nichtzulassungsbeschwerde **145 13**
- kein Instanzenzug von Verfassungs wegen **143 3**
- Klageänderung **99 25, 143 7, 21, 153 11 ff.**
- Mangel der Zulassung **145 9**
- materielle Beschwer **143 19**
- Meistbegünstigungsprinzip **143 12**
- Neubescheidung **143 21**
- nichtiges Urteil, Nichturteil, Scheinurteil **143 10**
- Nichtzulassung **145 3 ff.**
- notwendige Angaben **151 27 f.**
- Prälusion **106a 20**
- Prozessurteil **143 7**
- Prüfungsumfang **157 6 ff.**
- Rechtsmittel gegen Verwerfung **158 12**
- Rechtsmittelverzicht **143 16**
- Rücknahme **156 4 ff.**
- Rücknahme der Klage **153 17, 156 2**
- Rücknahmeerklärung **156 5**
- Rücknahmefiktion **156 11 ff.**
- Sachleistungen **144 9**
- Sprache **151 21**
- Statthaftigkeit **143 7**
- Streitgenosse **156 10**
- Streit über Rücknahme **156 20**
- Suspensiveffekt **143 28**
- Teilurteil **143 10**
- Umdeutung **143 7, 145 5, 158 6**
- unzulässige **158 4 ff.**
- Urteil **143 10**
- Urteilsergänzung **151 11**
- Verbindung **153 23**
- Verfahrensgegenstand **144 5**
- Verlust des Rechtsmittels **156 3, 17**
- Verpflichtung zur Rücknahme **156 21**
- Verwerfung **158 4 ff.**
- Verzicht **156 3, 17**
- Verzicht bei Sprungrevision **161 2, 13**
- wegen Kosten **144 29**
- Wert des Beschwerdegegenstandes **144 5**
- Wertgrenzen **144 5**
- Widerklage **100 4**
- Widerruf der Rücknahme **156 4**
- wiederholte Einlegung **151 3**
- Zulässigkeit **143 7, 158 4**
- Zulassung **144 17, 145 3 ff.**
- Zulassung nach Rücknahme **156 17**
- Zulassungsbedürftigkeit **145 5**